

93.024

Gleichstellung von Frau und Mann. Bundesgesetz

Egalité entre femmes et hommes. Loi

Botschaft und Beschlussentwurf vom 24. Februar 1993 (BBl I 1248)

Message et projet d'arrêté du 24 février 1993 (FF I 1163)

Kategorie II/III, Art. 68 GRN – Catégorie II/III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Sandoz, Frey Claude, Scherrer Jürg, Stamm Luzi)

Nichteintreten

Antrag Bortoluzzi

Rückweisung an den Bundesrat
mit folgenden Aufträgen:

1. Das Diskriminierungsverbot hat auch die Eigenverantwortung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum Ausdruck zu bringen.
2. Besondere berufliche Anforderungen und betriebliche Strukturen, insbesondere von Kleinbetrieben, sind mit einzu-beziehen.

Antrag Aubry

Rückweisung an den Bundesrat

mit dem Auftrag, anstelle des Bundesgesetzes über die Gleichstellung von Frau und Mann ein Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben auszuarbeiten.

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Sandoz, Frey Claude, Scherrer Jürg, Stamm Luzi)

Ne pas entrer en matière

Proposition Bortoluzzi

Renvoi au Conseil fédéral

avec les mandats suivants:

1. L'interdiction de discriminer doit également être mise en évidence sous l'angle de la responsabilité des travailleurs.
2. Les exigences professionnelles particulières et les structures d'exploitations, notamment des petites entreprises doivent être également incluses.

Proposition Aubry

Renvoi au Conseil fédéral

pour qu'il élabore en lieu et place de la loi sur l'égalité entre femmes et hommes une loi de droit privé sur l'égalité entre femmes et hommes dans la vie professionnelle.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: Wenn wir die Wichtigkeit eines Geschäfts an der Anzahl der Abänderungsanträge im Vergleich zur Zahl der Gesetzesartikel messen wollen, haben wir heute ein sehr wichtiges Geschäft vor uns. Für ein Gesetz von 18 Artikeln hatten wir in der Kommission über 70 Abänderungsanträge zu behandeln. Auch jetzt finden Sie noch mehr Minderheitsanträge als Gesetzesartikel auf der Fahne.

Dabei geht es in diesem Gesetz um etwas ganz Selbstverständliches: um die Instrumente zur Verwirklichung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in unserem Lande. Das Gesetz will vor allem – aber nicht nur – denjenigen Instrumente in die Hand geben, die im Erwerbsleben aufgrund des Geschlechtes benachteiligt werden. Es geht um einen

Grundsatz, der in der Bundesverfassung verankert ist, also vom Volk angenommen wurde. Gegen den Grundsatz an und für sich werden denn auch selten Einwände vorgebracht. Deshalb wurde der Entwurf zu diesem Gesetz, den der Bundesrat in die Vernehmlassung schickte, auch recht gut aufgenommen. Heute, wo es um die Verabschiedung von Möglichkeiten und Instrumenten zur Verwirklichung des Grundsatzes geht, scheint die Situation schwieriger zu werden. Wir sind schon für die Gleichstellung, aber nicht für diese Gleichstellung, schien zeitweise das Motto der Kommissionsberatungen zu sein.

Ein kurzer Rückblick zum Weg der Gleichstellung in der Schweiz: 1971 wurde in der Schweiz auch den Frauen die politische Mündigkeit zuerkannt. Sie wurden bezüglich des aktiven und passiven Wahlrechts den Männern gleichgestellt. 1981 wurde ein Artikel in unsere Bundesverfassung aufgenommen. Dieser Artikel 4 Absatz 2 lautet: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Verschiedene Ungleichheiten zwischen Mann und Frau wurden seit 1981 in der Bundesgesetzgebung korrigiert. Es zeigte sich aber immer wieder, dass rechtliche Gleichstellung noch nicht die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau garantiert. Das wurde besonders deutlich hinsichtlich des in der Verfassung verankerten Grundsatzes, dass Mann und Frau für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn bekommen sollten.

Darüber schrieb der Bundesrat schon in seiner Botschaft über die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» vom 14. November 1979 auf Seite 64: «Der Bundesrat ist der Überzeugung, dass es sich mit dem Gerechtigkeitsempfinden, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg im internationalen Recht und in der nationalen Rechtsordnung zahlreicher Staaten sowie in den letzten Jahren auch im Personalrecht von Bund und Kantonen Ausdruck gefunden hat, nicht mehr vereinbaren lässt, Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit schlechter zu entlohnen als Männer.» Das war vor fast 15 Jahren.

Wie steht es heute? Fortschritte wurden gemacht, aber lange nicht in genügendem Ausmass. In der Botschaft zum vorliegenden Gesetz vom 24. Februar 1993 schreibt der Bundesrat auf Seite 4: «Im übrigen hat die tatsächliche Situation der Frauen, namentlich auf dem Arbeitsmarkt, zuwenig Fortschritte gemacht. Trotz der direkten Anwendbarkeit des in der Verfassung verankerten Lohngleichheitsprinzips kam es nur zu wenigen Gerichtsfällen, und die Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau wurden nicht beseitigt.» Dabei ist festzuhalten, dass die Direktanwendbarkeit dieses Satzes im privatrechtlichen Verhältnis in der Staatsrechtsliteratur, in der arbeitsrechtlichen Literatur und in der Gerichtspraxis unbestritten ist.

Der Bundesrat reagiert mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auf verschiedene parlamentarische Vorstösse. Er reagiert aber auch und vor allem auf die leidige Tatsache, dass die Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau in unserem Lande ein langsamer und zähflüssiger Prozess ist. Die ursprüngliche Annahme und Hoffnung, die Situation werde sich bereits aufgrund des Verfassungsartikels – Artikel 4 Absatz 2 Bundesverfassung – ändern, erwies sich als trügerisch. Wer von Ihnen das Thema «Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit» in den letzten Jahren etwas mitverfolgt hat, konnte anhand verschiedener Studien feststellen, dass die Löhne zwischen Männern und Frauen in unserem Lande auch bei gleichwertiger Arbeit noch immer auseinanderklaffen.

Der Öffentlichkeit zur Kenntnis kam auch, dass Frauen, die entsprechende Prozesse anstrebten, jahrelang durchhalten mussten, bis sie ein für sie positives Gerichtsurteil erreichten. Mehr als eine öffentliche Verwaltung tat sich schwer in der Anerkennung des Grundsatzes, es sei für gleichwertige Arbeit für Mann und Frau gleicher Lohn zu bezahlen. Denken Sie an die Krankenschwestern in Zürich oder an die Kindergärtnerinnen in Basel, um nur zwei Beispiele zu nennen. Es scheint auch, dass einige Gerichte solche Verfahren am liebsten wie eine heisse Kartoffel an andere Instanzen weitergeben. Es gibt viele Beweise dafür, dass für Artikel 4 Absatz 2 Bundesverfassung eine griffige Ausführungsgesetzgebung nötig ist, wenn dem

Willen des Volkes zur Gleichstellung von Mann und Frau Nachachtung verschafft werden soll.

Der Bundesrat hat die vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen seinerzeit in zwei Varianten in die Vernehmlassung geschickt. Die eine Variante schlug die Revision einzelner Bestimmungen in verschiedenen bestehenden Gesetzen vor. Die andere Variante fasste alle Bestimmungen in einem neuen Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann zusammen. Diese Variante setzte sich in der Vernehmlassung durch, deshalb liegt Ihnen heute der Entwurf für ein neues Gesetz vor.

Ihre Kommission hat sich an neun Sitzungstagen in zwei Lesungen intensiv mit dem Gleichstellungsgesetz befasst. In der ersten Sitzung wurde ein Hearing zu allgemeinen Fragen durchgeführt, zu dem auch die Mitglieder der ständerätlichen Kommission eingeladen waren. Ihr Fachwissen stellten die folgenden Damen und Herren zur Verfügung: Frau Patricia Schulz, Rechtsanwältin, damals Lehrbeauftragte an der Universität Genf, heute Leiterin des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung von Frau und Mann, Frau Dr. Claudia Kaufmann, damals Leiterin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann, heute stellvertretende Generalsekretärin des EDI, Herr Prof. Dr. A. Haefliger, alt Bundesgerichtspräsident, Herr Dr. Christoph Steinlin, damals Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz, jetzt Generalsekretär des EDI, Herr B. Syfrig, Rechtsanwalt, Leiter Personal Ciba Geigy AG, Basel, Frau T. Georgiadis, Personaldienstleiterin Swissair, Genf, Herr Prof. W. Linder, Forschungszentrum für schweizerische Politik.

Spezielle Hearings wurden zum Thema der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz abgehalten. Daran nahmen folgende Damen und Herren teil: M^{me} Veronique Ducret, Soziologin, Genf, Herr Prof. Dr. Hans Schultz, ehemals Professor für Strafrecht, Universität Bern, Herr Prof. Dr. H. Ehmann, Professor für Arbeitsrecht, Trier (Deutschland), Frau B. Rudolf, Beauftragte für Frauenfragen bei der Firma ABB, Baden.

Der Tatbestand der sexuellen Belästigung wurde in einer Subkommission unter der Leitung von Nationalrat Iten Joseph neu erarbeitet. Zu dieser Subkommission gehörten die Nationalrätinnen Bär, Nabholz, Sandoz, Zölch und die Nationalräte Alenspach und Marti Werner. Dank diesem neuen Vorschlag dieser Subkommission blieb der Tatbestand im Gesetz. Von der Verwaltung begleiteten die Sitzungen die Damen Dr. Claudia Kaufmann und Monique Cossali vom Bundesamt für Justiz sowie die Herren Dr. Christoph Steinlin und Luzius Mader vom Bundesamt für Justiz; von den Parlamentsdiensten stand uns Brigitta Gadiet mit Rat und Tat zur Seite. All diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Verwaltung und Parlamentsdiensten gebührt unser Dank. Dank gebührt auch Herrn Bundesrat Arnold Koller, der seine Vorlage in allen Kommissionssitzungen mit Vehemenz verteidigte.

Die bundesrätliche Vorlage ist eine recht pragmatische Anpassung von Gleichstellungsvorstellungen an die schweizerische politische Wirklichkeit. Der Inhalt kann kurz wie folgt umschrieben werden: Das Gesetz gilt für Arbeitsverhältnisse nach Obligationenrecht und für alle öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse in Bund, Kantonen und Gemeinden. Das Gesetz verbietet, Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer nur aufgrund ihres Geschlechts schlechter zu behandeln als andere, die mit ihnen zusammenarbeiten. Es umschreibt die Rechtsansprüche von Betroffenen und regelt die Beweislast. Eine Benachteiligung wird vermutet, wenn sie von Betroffenen glaubhaft gemacht wird. Gewerkschaften und Frauenorganisationen wird unter bestimmten Bedingungen ein Klagerecht gewährt. Gegen RacheKündigungen wird ein Schutz vorgesehen. Der Tatbestand der sexuellen Belästigung wurde, wie bereits erwähnt, in das Gesetz aufgenommen. Weitere Bestimmungen regeln die Stellung des Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann und die Möglichkeit von Finanzhilfen an Förderprogramme.

In der Kommission lagen, wie bereits erwähnt, über 70 Abänderungsanträge vor; entsprechende Minderheitsanträge finden Sie auf der Fahne. Das Gesetz, das Ihnen die Mehrheit der Kommission heute vorlegt, ist noch eine Stufe pragmatischer, als es der Vorschlag des Bundesrates gewesen war. Man ver-

suchte vor allem jenen entgegenzukommen, welche auf die Praktikabilität des Gesetzes grossen Wert legten.

Ich lade Sie daher ein, der Vorlage, so wie die Mehrheit es Ihnen vorschlägt, zuzustimmen. Auf die Einzelheiten werden die Kommissionssprecher bei den einzelnen Artikeln eingehen. Ein Nichteintretensantrag, der von Frau Sandoz vertreten werden wird, wurde von der Kommission mit 19 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen klar abgelehnt. Am Schluss der Beratungen wurde das Gesetz mit 14 zu 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Ich bitte Sie um Eintreten auf die Vorlage und um Zustimmung zu den Anträgen der Mehrheit der Kommission.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: Ce rapport est articulé en quatre parties: première partie, quelques réflexions générales; deuxième partie, la nécessité de la loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hommes; troisième partie, le contenu de la loi; quatrième partie, les travaux de la commission.

Tout d'abord quelques réflexions de caractère général. «Le sexisme est encore à notre époque la chose au monde la mieux partagée. C'est le sexisme ordinaire si souvent et copieusement dénoncé, celui qui, quotidiennement, par les images, les stéréotypes, la publicité et tout notre environnement culturel, fait des femmes des êtres que l'on infériorise.» En s'exprimant ainsi, Yvette Roudy, ancienne ministre de la condition féminine en France, met en évidence le chemin qu'il reste à parcourir entre l'égalité des droits acquis de haute lutte par les femmes et leur difficile concrétisation dans la vie de tous les jours.

En effet, s'il a fallu 100 ans pour obtenir le droit de vote et d'éligibilité en 1971, 10 ans ont suffi pour inscrire dans la Constitution fédérale, en 1981, le principe de l'égalité des droits. Mais aucune loi d'application n'a encore été adoptée par le Parlement. Cependant, les textes légaux, si importants soient-ils, n'ont malheureusement que peu d'influence sur les images de la femme – ces belles images, comme le disait Simone de Beauvoir –, ancrées dans les esprits dès le plus jeune âge. Aussi, l'information, l'éducation et la formation sont certainement les moyens les plus efficaces pour combattre ces stéréotypes qui conditionnent les réactions, les habitudes et les comportements sexistes des hommes et des femmes. Ces stéréotypes rôdent encore trop souvent dans les manuels scolaires.

Changer, cela prend du temps, du courage et de l'énergie, car l'inégalité entre les femmes et les hommes s'est progressivement infiltrée dans l'inconscient collectif. Les femmes ne doivent pas se contenter d'imiter les hommes pour prendre leur place. Ce serait une erreur, vous le savez bien, car vous connaissez suffisamment les hommes, Mesdames, pour savoir qu'ils ont beaucoup de défauts.

Nous devons collaborer et mettre en commun nos dons complémentaires, dans les classes mixtes, par exemple. Il est évident que les jeunes d'un sexe contribuent à l'éducation des autres et que la mixité, malgré tous les risques qu'on évoquait autrefois pour la condamner, est un gage de qualité, d'équilibre et d'éducation. La tâche est d'importance et s'avère plus difficile que ce que l'on aurait pu espérer après les acquis de 1971 concernant le droit de vote, de 1981 à propos de l'égalité des droits et de 1988 avec le nouveau droit matrimonial.

Deuxième partie, la nécessité d'une loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hommes: le 14 juin 1981, le peuple et les cantons suisses ont donc adopté un nouvel article 4 alinéa 2 de la constitution qui stipule: «L'homme et la femme sont égaux en droits. La loi pourvoit à l'égalité, en particulier dans les domaines de la famille, de l'instruction et du travail. Les hommes et les femmes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale.»

Plus d'une décennie après l'adoption du nouvel article constitutionnel, l'égalité des droits entre femmes et hommes dans la législation fédérale est en voie de réalisation. Des progrès significatifs ont certes été réalisés dans maints domaines importants, tels que la formation par exemple. En effet, dans notre pays, l'écart de formation entre les hommes et les femmes tend fort heureusement à s'amenuiser. Les femmes représentent en 1991 quelque 45 pour cent des étudiants du degré secondaire supérieur; il s'agit des écoles préparant à la maturité,

des écoles normales et des écoles de formation professionnelle. L'écart est plus grand dans les écoles du niveau tertiaire non universitaire, les femmes représentant environ 35 pour cent des effectifs. Quant aux universités, les femmes sont relativement bien représentées avec un taux de 39 pour cent. Elles sont sous-représentées dans les écoles techniques et les écoles professionnelles supérieures, respectivement 3 et 15 pour cent. Pour l'année scolaire 1990/91, les femmes représentent moins de 4 pour cent des effectifs dans les écoles d'ingénieurs ETS.

Mais les femmes sont encore victimes de nombreuses discriminations qui ne disparaîtront qu'avec l'application d'une politique globale d'égalité de chances. Dans cette optique, l'éducation des enfants et des adolescents revêt une importance capitale pour modifier les mentalités. En d'autres termes, on ne décrète point l'égalité, on la réalise concrètement en changeant progressivement les mentalités et les comportements, en sachant que souvent une stratégie fondée sur la persuasion est plus efficace qu'une stratégie de la contrainte.

Quant à l'écart de rémunération entre hommes et femmes, il reste encore très important. Certes, on peut expliquer une partie de la différence de salaire par le fait qu'en moyenne les femmes jouissent d'une expérience professionnelle plus courte, due à des interruptions de l'activité lucrative pour des raisons familiales, et d'une formation professionnelle moins poussée. Mais une part non négligeable de l'écart de salaire, de l'ordre de 10 à 20 pour cent, ne peut en aucun cas être expliquée que par des facteurs liés à la situation très différente des femmes et des hommes sur le marché du travail. Cette part est indéniablement la résultante d'une discrimination salariale dont souffrent les femmes dans notre pays, tout comme sur le plan international.

Actuellement, en Suisse, l'application du principe «un salaire égal pour un travail de valeur égale» prévu par la constitution se révèle largement inefficace, en raison notamment des difficultés de preuve, des risques sur le plan professionnel et du coût du procès pour les travailleuses.

Dès lors, il faut impérativement s'attaquer à cette discrimination salariale avec le concours des partenaires privés et publics. C'est dans cet esprit que la loi sur l'égalité a été proposée. Elle s'applique à l'ensemble des travailleurs du secteur privé ainsi qu'aux agents de la fonction publique fédérale, cantonale et communale.

Troisième partie: le contenu de la loi. Dans le cadre de la consultation organisée à cet effet, deux variantes avaient été proposées par le Conseil fédéral. Première variante, une loi fédérale unique sur l'égalité entre femmes et hommes, et deuxième variante, une révision des lois spéciales: le Code des obligations et le statut des fonctionnaires.

En se fondant sur les résultats positifs de la procédure de consultation, le Conseil fédéral a opté pour une loi unique plutôt que de prévoir des dispositions disséminées. Ce faisant, il a exprimé très clairement une volonté politique d'agir sur tous les rapports de travail, privés et publics, aux niveaux fédéral, cantonal et communal. La portée symbolique de la solution retenue présente indéniablement un grand intérêt pour la promotion d'une politique globale active de correction des inégalités qui frappent injustement la condition féminine.

Les principaux éléments de ce projet de loi sont au nombre de quatre. Je ne ferai que les citer: 1. interdiction de discriminer; 2. allègement du fardeau de la preuve; 3. droit d'agir des organisations pour régler des questions ayant une portée générale; enfin, 4. protection contre le congé de rétorsion. En outre, ce projet contient des dispositions relatives à la discrimination engendrée par du harcèlement sexuel sur le lieu de travail. Le projet prévoit également la possibilité d'accorder des aides financières afin de soutenir des programmes ayant un caractère exemplaire, ou innovateur, en matière de promotion de la condition féminine. Enfin, le projet confère au Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes un statut correspondant à celui d'un office fédéral.

En résumé, ce projet de loi qui, comme l'a relevé M^{me} Stamm Judith, fait suite à toute une série d'interventions parlementaires consiste précisément à renforcer de manière significative la position de la femme sur le marché du travail.

Quatrième et dernière partie, les travaux de la commission. La commission plénière, présidée par M. Reimann Maximilian, a consacré près d'une année à l'étude de cet important projet de loi. Elle a tenu neuf séances, et une sous-commission, sous la direction de M. Iten Joseph, a traité en particulier de la délicate problématique du harcèlement sexuel à la place de travail. L'article 3bis est le fruit de sa cogitation. Plusieurs experts ont été auditionnés par la commission.

M^{me} Stamm a énuméré tout à l'heure les différentes personnes qui ont été entendues. Je m'associe aux remerciements qu'elle a présentés à leur égard. Par ailleurs, plusieurs collaboratrices et collaborateurs de l'administration fédérale ont apporté une contribution décisive aux travaux de la commission parlementaire. Il s'agit de M^{mes} Cossali et Kaufmann et de MM. Mader, Roncoroni et Steinlin. Au nom de la commission, je tiens à leur exprimer notre vive reconnaissance, ainsi qu'aux Services du Parlement. J'adresse également des remerciements spéciaux à M. Koller, conseiller fédéral, pour son engagement en faveur de la cause féminine, ainsi qu'à M^{me} Cossali et à M. Mader pour leur aide très précieuse.

Les nombreuses propositions discutées au sein de la commission plénière et toutes les propositions de minorité contenues dans le dépliant témoignent à la fois de l'intérêt porté à la matière et des approches fort différentes de cette délicate question de l'égalité des droits entre femmes et hommes. Diverses propositions ont été faites au sein de la commission afin d'éviter que la promotion de l'égalité des droits n'engendre des tracasseries administratives inutiles au détriment des petites et moyennes entreprises. Je pense que c'est là aussi un élément important qu'il faut prendre en considération dans l'analyse de ce projet.

Le projet issu des travaux de la commission souffre bien sûr d'un certain nombre d'imperfections. Il a toutefois le mérite d'offrir des moyens concrets de sortir de la léthargie actuelle et de permettre à notre pays de poursuivre l'application d'une politique plus active d'égalité des droits entre les hommes et les femmes, en portant l'accent surtout sur les inégalités salariales. Nous reviendrons bien sûr plus en détail sur certaines propositions lors de la discussion article par article de ce projet de loi.

Au nom d'une forte majorité de la commission, à raison de 19 voix contre 4 et avec 2 abstentions, je vous invite chaleureusement à entrer en matière et à refuser, par voie de conséquence, la proposition de minorité Sandoz. Je vous signale aussi qu'au vote sur l'ensemble le projet de loi amendé a été accepté par la commission par 14 voix contre 3 et avec 4 abstentions.

Selon le Conseil fédéral, le projet de loi sur l'égalité entre femmes et hommes ne constitue que la première étape de la réalisation de l'égalité des chances dans l'emploi, et s'inscrit dans un projet plus large visant à améliorer la situation de la femme dans tous les domaines de la société. La mise en oeuvre de ce projet d'ensemble incombera non seulement à la Confédération, mais aussi aux cantons, aux communes et aux particuliers dans leurs tâches respectives. La réalisation du postulat de l'égalité entre les hommes et les femmes dans la vie professionnelle répond également à une nécessité économique. En effet, l'économie suisse a besoin de cet important potentiel humain et technique pour assurer son avenir.

Sans oublier, et ce sera ma conclusion, le rôle indispensable de la femme au sein de la famille, sa participation active à la société en général et à la vie professionnelle en particulier constitue la pierre angulaire du développement futur dans les domaines économique, social et humain. La femme n'est-elle pas porteuse d'un nouvel humanisme, symbolisé par cette merveilleuse pensée tirée de la tragédie grecque de Sophocle, Antigone: «Je ne suis pas née pour haïr, mais pour aimer»?

Sandoz Suzette (L, VD), porte-parole de la minorité: Si le projet de loi qu'on nous présente aujourd'hui concernait la réalisation ou la concrétisation de l'égalité dans le domaine professionnel, et en particulier en ce qui concerne les salaires, en droit privé, j'entrerais en matière; de même d'ailleurs, s'il y avait comme complément des dispositions concernant l'égalité professionnelle en droit public fédéral.

La preuve, c'est que le groupe libéral a, il y a deux ans déjà, déposé une initiative parlementaire demandant l'égalité de salaires dans le Code des obligations, dans le contrat de travail. Cette demande allait d'ailleurs au-delà de ce qu'assure actuellement la jurisprudence du Tribunal fédéral, puisque nous donnions la compétence au juge de fixer le salaire à futur, et nous la donnions expressément. Cette initiative reprenait exactement la proposition de la majorité de la commission actuelle en ce qui concerne l'allègement du fardeau de la preuve. Il y a en effet, dans le domaine professionnel, et en particulier dans le domaine professionnel privé, certains problèmes en matière de concrétisation de l'égalité, et c'est un domaine dans lequel il serait parfaitement souhaitable et possible d'entrer en matière, si tant est que la loi qu'on nous propose y soit limitée. Or si je vous invite, avec d'autres signataires, à ne pas entrer en matière sur cette loi, c'est parce qu'elle est anticonstitutionnelle et liberticide. Anticonstitutionnelle, je m'explique: l'article 4 alinéa 2 demande, et c'est juste, l'égalité entre les sexes, et que cette égalité soit réalisée par la loi. Mais à ma connaissance, l'article 4 alinéa 2 n'a pas abrogé l'article 3, ni l'article 64 de la Constitution fédérale. Or, je vous rappelle que l'article 64 ne donne la compétence à la Constitution fédérale qu'en matière de droit privé, et que l'article 3 pose le principe que les cantons sont compétents dans tous les domaines qu'ils n'ont pas expressément délégués à la Confédération, c'est-à-dire notamment dans les domaines du droit public.

Je vous invite à regarder notamment l'article 2 du projet de loi dont nous débattons actuellement, et vous constaterez qu'il prévoit que cette loi fédérale s'applique dans le domaine du droit public fédéral, cantonal et communal; le droit communal faisant partie du droit cantonal, je n'épiloguerai pas. Elle est donc foncièrement anticonstitutionnelle, et c'est extrêmement grave, parce que vous savez comme moi que la constitution est la première garante de la liberté, de la protection contre l'arbitraire, et l'arbitraire est toujours une menace contre l'égalité. Voilà un premier motif de ne pas entrer en matière.

Deuxième motif: la loi est liberticide. Elle est liberticide à trois points de vue, notamment. D'abord, si vous groupez l'article 1er et un certain article 16 alinéa 1er, vous constatez que l'article 1er donne pour but à la loi de réaliser l'égalité de fait. L'égalité de fait, c'est celle que l'on obtient par la trique. C'est celle qui implique à l'article 16 alinéa 1er qu'un Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes ait pour compétence d'assurer l'égalité dans tous les domaines. Cette manière de procéder rappelle étonnamment la façon dont Pierre le Grand, au début du XVIIIe siècle, avait procédé pour assurer l'égalité entre sa population et la population occidentale, le procédé auquel avait recouru Atatürk au début du XXe siècle pour assurer l'égalité entre les moeurs de son pays et celles des pays occidentaux.

Ne vous y trompez pas, l'esprit liberticide de la loi se manifeste, aujourd'hui déjà, indirectement, dans cet appel que vous avez reçu de l'Union syndicale suisse qui dit: «Venez surveiller de près nos conseillères et nos conseillers nationaux.» A partir du moment où l'on peut inciter un public à venir surveiller des personnes dont la constitution dit qu'elles votent sans instructions, il est bien évident que l'on exprime une volonté liberticide dont la loi n'est d'ailleurs que l'un des reflets.

Liberticide aussi, la loi, dans la mesure où, à l'article 3 alinéa 3, elle prévoit la possibilité des mesures incitatives. Vous savez que ce sont notamment les quotas, quotas refusés à quatre reprises déjà dans ce Parlement, et qui sont une atteinte à la liberté et à la dignité de la personne réduite à son sexe pour faire nombre. Liberticide enfin, la loi l'est encore dans la mesure où elle concerne aussi l'embauche, tant il est vrai que personne ne peut être contraint d'engager quelqu'un. Vous savez comme moi que la liberté contractuelle est la seule garantie du respect réciproque entre employés et employeurs.

Un nombre considérable de femmes de ce pays, si j'en crois les lettres, les téléphones, les interventions personnelles que j'ai reçus, comme d'ailleurs un nombre considérable de citoyens de ce pays considèrent que l'égalité est une condition ou un moyen de la liberté. Ils considèrent aussi que le respect de la constitution est un moyen d'assurer la liberté, la démocratie et l'égalité parce que c'est la lutte contre l'arbitraire.

Au nom de ces citoyens-là et au nom des cosignataires de la proposition de minorité, je demande aux parlementaires d'honneur qui ont à coeur de respecter la constitution et la liberté de refuser d'entrer en matière.

Bortoluzzi Toni (V, ZH): Ich bitte Sie, dieses Gesetz an den Bundesrat zurückzuweisen. Nebst unbestrittenen Anliegen haben Bereiche in dieses Gesetz Aufnahme gefunden, die auch bei gutem Willen zur Gleichstellung völlig realitätsfremd sind.

Die Arbeitgeber werden wieder einmal mehr oder weniger für alles und jedes, was im Betrieb passiert, verantwortlich gemacht. Wenn das in Uebersee und in der EU so gehandhabt wird, wie ich es der Botschaft entnommen habe, heisst das noch lange nicht, dass es auch für uns gut, geschweige denn vernünftig sein soll. Mit keinem Wort wird – weder im Gesetz noch in der Botschaft – darauf aufmerksam gemacht, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ihrem Verhalten und Benehmen am Arbeitsplatz auch Verantwortung übernehmen müssen, d. h. zur Durchführung des Gesetzes etwas beitragen können.

Man kann dem Arbeitgeber die Lohnfrage überlassen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Diese Verantwortung muss und kann auch wahrgenommen werden. Dafür braucht es allerdings nicht ein so umfangreiches Gesetz. Es sprechen zwar alle von Deregulierung. Was wir mit diesem Gesetz tun, ist aber das pure Gegenteil. Dieses Gesetz ist in hohem Masse wirtschaftsfeindlich.

Zum ersten Punkt meines Rückweisungsantrages: Dass man dem Arbeitgeber – ob in der Version des Bundesrates, der Minderheit oder auch der Mehrheit – die Verantwortung für sexuelle Belästigungen (als Beispiel) mehr oder weniger allein übertragen will, ist für mich schlicht nicht zumutbar. Auch die Angestellten sind in diesem Bereiche in die Pflicht zu nehmen. Ich möchte Ihnen Beispiele ersparen. Sie alle kennen, wenn Sie ehrlich sind, die nicht wenig vorkommenden provokativen Verhaltensweisen am Arbeitsplatz. Dieser Umstand ist im Gesetz unter anderem angemessen zu berücksichtigen.

Zum zweiten Punkt, für mich ist das der wichtigere: Der grössere Teil der Unternehmungen in unserem Land sind kleinere und mittlere Betriebe. Tausende von Betrieben beschäftigen bis zu 10 oder 20 Angestellte. Unter Berücksichtigung der beruflichen Besonderheiten sind diese Betriebe in keiner Art und Weise in dieses Gesetz einbezogen worden. In der Botschaft, Seite 50, sagt man, dass das Geschlecht grundsätzlich nicht als Kriterium verwendet werden darf. Dann werden die Ausnahmen aufgelistet: der Priester, das Frauenhaus, der Dressman, das Mannequin, die Sängerin und der Sänger. Im weiteren heisst es, dass bei einem sachlich gerechtfertigten Kriterium keine Diskriminierung vorliegt. Aber was heisst «sachlich gerechtfertigt»? Ich finde nichts darüber. Dem Geist des Gesetzes folgend muss ich daraus schliessen, dass ich mit meinem Betrieb von dieser Bestimmung des sachlichen Kriteriums ausgeschlossen bin. Ich wäre aber darauf angewiesen, von meiner Betriebsstruktur her, dass ich nebst der beruflichen Anforderung auch überdurchschnittliche körperliche Anforderungen stellen kann. Davon lesen Sie nirgends etwas. Sie verpflichten Kleinbetriebe, wenn sie eine ihrer zwei, drei oder vier Stellen neu zu besetzen haben, ohne Rücksicht auf das Geschlecht auszusuchen und zu besetzen.

Dazu kommt die undifferenzierte Aufgabenteilung, die mir geradezu unvernünftig erscheint, ohne praktischen Bezug. Ich finde nirgends einen Hinweis auf Zimmereibetriebe, Metzgereien, Dachdecker, Schreiner, Schlosser usw. Sie werden aber kaum in der Lage sein, diesen gesetzlichen Auftrag ordnungsgemäss auszuführen.

Ich habe Verständnis dafür, dass viele von Ihnen diese Abläufe nicht kennen. Ich bitte Sie aber, schreiben Sie nicht solche Sachen in ein Gesetz! Bei diesen Leuten werden Sie nachher nicht mehr ernst genommen. Man macht Ausführungen über Priester und Mannequins, aber über die Zehntausende von Kleinbetrieben wird nichts ausgesagt! Ich frage Sie: Wollen Sie diese Betriebe zerstören, oder was wollen Sie? Ich nehme einmal an, dass das nicht Ihre Absicht ist.

Ich bitte Sie dringend, diese besonderen Umstände im Gesetz zu berücksichtigen und meinem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Aubry Geneviève (R, BE): La loi qui nous occupe est attendue depuis 1981 et je peux comprendre une certaine impatience, même une grande impatience des femmes, pour qu'enfin elle soit votée. Mais, depuis 1974, j'ai travaillé pour que les femmes aient une place égale à celle de l'homme dans notre société et je constate aujourd'hui, 13 ans après 1981, que tout n'est, hélas, pas encore parfait. Mais une société l'est-elle réellement jamais?

Nous devons encore lutter pour obtenir cette égalité qui est au programme de tous nos partis, sans exception pour le Parti radical. Mais il y a des choses que je me refuse à accepter: c'est de voter une loi sous la menace – c'est ici le cas, car la correspondance qui s'est accumulée sur mon bureau relève d'un régime d'intégristes –, c'est ensuite de pénaliser encore davantage les femmes par des articles de loi irréalistes et, en dernier lieu, c'est de faire peser une menace sur les PME, sur l'économie, qui apporte un bien-être aux femmes et aux hommes de ce pays.

Ceci afin d'expliquer que ma proposition de renvoi de cette loi au Conseil fédéral a un seul but: c'est qu'il élabore une loi de droit privé sur l'égalité entre femmes et hommes, qui s'attache uniquement à la vie professionnelle. La loi que nous devons traiter a un mandat plus large, celle que je demande au Conseil fédéral sera limitée au domaine du travail. Je ne refuse donc pas une loi – que ça soit bien compris – sur l'égalité entre femmes et hommes, je demande à ce qu'elle soit limitée dans le domaine du travail et le domaine professionnel.

A mon avis, les femmes ne doivent pas se mouvoir dans le monde professionnel avec un handicap, si nous voulons réellement jouer cette carte essentielle de l'égalité. Or, cette loi, comme je vous l'ai dit, est un mélange de droit public et de droit privé – Mme Sandoz, ma collègue, étant professeur de droit connaît beaucoup mieux ce domaine –, et elle nous amène à une surproduction administrative, aussi bien au niveau de l'employeur que des instances de conciliation et des tribunaux. C'est une bureaucratie insupportable – M. Bortoluzzi vous l'a dit – et un danger pour les petites entreprises, les artisans, les commerçants et les petits patrons. Je veux croire que ce n'est pas ce que veulent les femmes raisonnables de ce pays, car je les représente aussi ici, sans soleil et sans menaces de surveillance des parlementaires selon leur vote.

Parlons aussi un peu du harcèlement sexuel, que je ne nie pas, car il existe malheureusement réellement. Mais je ne voudrais pas mettre uniquement la faute du côté masculin lorsque je vois à la place de travail certaines tenues féminines qui sont une provocation ou une invite à des gestes qui passeront par la suite pour du harcèlement sexuel. C'est l'article 7 qui, à son alinéa 2, rend l'employeur responsable de ce qui peut se passer entre deux employés. C'est lui qui peut être obligé par un tribunal à verser une indemnité au travailleur. Trouvez-vous cela juste et normal? Et peut-être – ce à quoi vous n'avez pas réfléchi en faisant cette loi – cet employeur est-il aussi une femme, car de plus en plus nous avons des femmes qui sont des employeurs? Un petit patron, d'autre part – je le sais par expérience pour avoir travaillé plusieurs années dans un bureau où il y avait 18 hommes et une femme, la secrétaire – et ça n'était pas moi – doit partir, quitter son bureau, chercher du travail à l'extérieur, avoir des contacts avec les clients, il ne peut donc avoir l'oeil sur tous ses employés.

Et c'est lui qu'on rendrait responsable à la place de celui qui a commis la faute? Non, ça je ne peux pas l'accepter!

Il y a encore un autre problème: au moment où sévit un chômage grave dans notre pays, nous essayons de déréglementer tout ce qui est possible pour retrouver des places de travail. Nous voulons des allègements dans les rapports administratifs et voilà qu'on surcharge encore le bateau afin de le faire couler. Une partie de ce projet de loi, à mes yeux, traite la femme, dans certains articles, comme une mineure incapable de prendre ses responsabilités. Or, les femmes, aujourd'hui, ne sont plus confinées dans les trop célèbres «trois K» contre

lesquels j'ai combattu depuis mon enfance, c'est-à-dire «Kirche, Kinder, Küche». Elles ont les mêmes possibilités de formation que les hommes si elles le veulent. Elles ont le choix de la carrière, du mariage, des enfants. Elles ont la liberté de manifestation et même de nous menacer comme je vous l'ai déjà dit. Mais, comme pour les hommes, il y a plusieurs types de femmes et celles que je représente à cette tribune se refusent à exercer des pressions et à participer à des manifestations pour obtenir l'égalité de salaire et le respect de leur personne. Elles se refusent à ce qu'on parle dans certains groupes au nom de toutes les femmes de ce pays et elles refusent également d'être prises dans le filet d'une loi qui les entravera dans leur profession. Elles veulent pouvoir accéder à des postes à responsabilités comme un homme peut le faire et non pas parce qu'elles pourraient impressionner un futur employeur en le menaçant de discrimination.

J'en arrive à un autre point de la loi qui me la fait également refuser, c'est celui du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes qui devrait devenir un office fédéral. Quand je vois – permettez-moi de l'appeler comme ça, de Gaulle n'aurait pas fait autrement – ce «machin» qu'on nous adresse régulièrement, je ne vois pas la raison de mettre un office à disposition de l'égalité entre femmes et hommes. Nous vivons maintenant dans une période de restriction de crédits, de manque d'argent, et c'est le moment où on veut proposer la création d'un office fédéral. C'est une dépense extrêmement importante avec tout le personnel que cela exige, avec un travail de peu d'influence aussi bien sur les hommes que sur les femmes. C'est une revue qu'on nous offre une fois par mois et qui parle de cette catégorie-là uniquement, mais pas des autres. C'est là, déjà, qu'il y a discrimination et ségrégation, et cela je ne l'accepterai pas. C'est tomber dans un piège: si nous acceptons la création d'un tel office, en fait, pourquoi ne pas faire un office pour la jeunesse, un office pour les personnes âgées, les retraités, etc.?

Je conclus que nous obtiendrons plus facilement une égalité réelle entre femmes et hommes si nous sommes partenaires, parce que nous sommes complémentaires et non rivaux.

Je vous demande d'appuyer ma proposition de renvoi au Conseil fédéral pour qu'il élabore, en lieu et place d'une loi sur l'égalité entre femmes et hommes, une loi de droit privé sur l'égalité entre femmes et hommes, limitée à la vie professionnelle.

Zölch Elisabeth (V, BE): Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Wir haben im Vorfeld dieser Debatte zahlreiche Briefe erhalten. Sie wurden «im Namen der Frauen» geschrieben. Niemand kann für sich in Anspruch nehmen, hier an diesem Pult generell im Namen aller Frauen zu sprechen. Auch Frauen unter sich haben – zum Glück – unterschiedliche Auffassungen über die Gestaltung unserer Gesellschaft und über die Gestaltung der Partnerschaft zwischen Männern und Frauen.

Wenn ich als bürgerliche Frau für ein Gleichstellungsgesetz eintrete, das zum Teil weniger weit geht als die Fassung des Bundesrates oder die Anträge unserer rotgrünen Kolleginnen und Kollegen, dann nehmen auch wir bürgerlichen Frauen für uns in Anspruch, einen grossen Teil von Frauen hinter uns zu wissen. Auch bürgerliche Frauen vertreten Frauenanliegen, und wir lassen uns nicht aufreiben zwischen «Alles oder nichts» oder zwischen extrem linken und extrem rechten Positionen.

Zur Vorlage: «Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.» So steht es in unserer Bundesverfassung. Heute, gut zwölf Jahre nach der Verankerung dieses Artikels, stellen wir folgendes fest: Sämtliche vorliegenden Zahlen und Studien gehen von einer Lohndifferenz zwischen Mann und Frau von zwischen 20 und 30 Prozent aus, die zu einem grossen Teil nicht anders als durch eine Schlechterstellung der Frauen erklärt werden kann. Studien haben auch gezeigt, dass Frauen zum Teil nicht nur schlechter entlohnt werden, sondern sie werden auch weniger häufig befördert, können seltener an Aus- und Weiterbildungsprogrammen teilnehmen und werden offensichtlich auch leichter

entlassen. Dies gilt sowohl für verheiratete als auch für unverheiratete Frauen.

Solange – insbesondere im Erwerbsleben – die Gleichstellung von Mann und Frau nicht erreicht ist, braucht es ein Gleichstellungsgesetz. Das ist nicht nur ein politisches Credo, wir haben auch aus juristischer Sicht die Pflicht, Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung gesetzgeberisch umzusetzen.

Die Frage der Gleichberechtigung und der Gleichstellung zwischen Mann und Frau ist jedoch vorerst eine Frage der Einstellung unserer Gesellschaft gegenüber der Partnerschaft zwischen Männern und Frauen. Dieser partnerschaftliche Gedanke muss wachsen und entwickelt werden, und wir befinden uns mitten in diesem Prozess. Das Ziel ist noch lange nicht erreicht, aber wir sind auf dem Weg dazu.

Ich glaube, dass das Gleichstellungsgesetz eine Signalwirkung entfalten wird. Wir können damit für Fragen der Gleichstellung sensibilisieren und diesen Prozess weiterführen und beschleunigen.

Meiner Meinung nach ist auch die Wettbewerbsneutralität solcher Gesetze sehr wichtig. Gesetze, die Ungleichbehandlungen zulassen, beinhalten auch Wettbewerbsverfälschungen. Ein Gutachten kommt zum Schluss, dass die Gleichstellung durchaus auch im Interesse der Unternehmen und der Gesamtwirtschaft liegt, da es nicht im Interesse dieser Gesamtwirtschaft sein kann, wenn gut ausgebildete Frauen durch tiefere Löhne benachteiligt und damit letztlich in vielen Fällen vielleicht sogar vom Arbeitsmarkt ferngehalten würden.

Im Namen der SVP-Fraktion beantrage ich Ihnen daher, auf das Gesetz einzutreten und den Nichteintretensantrag der Minderheit abzulehnen.

Wir begrüßen insbesondere die Verankerung des Diskriminierungsverbotes im Gesetz. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen aufgrund ihres Geschlechts weder direkt noch indirekt benachteiligt werden. Namentlich nicht unter Berufung auf den Zivilstand, auf die familiäre Situation oder auf eine Schwangerschaft. Eine Diskriminierung ist jede Benachteiligung, die ohne sachliche Rechtfertigung vorgenommen wird. Auch sexuelle Belästigungen am Arbeitsplatz sind Diskriminierungen. Solche Belästigungen beeinträchtigen die Würde der betroffenen Person. Wir legen jedoch Wert darauf, dass der Tatbestand der sexuellen Belästigung genauer umschrieben wird, als es in der Fassung des Bundesrates der Fall ist. Insbesondere soll keine Diskriminierung angenommen werden, wenn Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen beweisen, dass sie die Massnahmen getroffen haben, die nach der Erfahrung zur Verhinderung sexueller Belästigungen notwendig und angemessen sind und die ihnen billigerweise zugemutet werden können.

War die Diskriminierung schwerwiegend und wirkt sie sich nach ihrer Beseitigung weiterhin störend aus, soll der betroffenen Person eine Entschädigung ausgerichtet werden können. Wir werden daher bei Artikel 3bis, Artikel 4 Absatz 2bis und Artikel 7 der Fassung der Kommissionmehrheit zustimmen und die weiter gehenden Minderheitsanträge ablehnen.

Für die SVP-Fraktion stehen weitere Massnahmen zur besseren Durchsetzung des Rechts auf gleichen Lohn und des Rechts auf Gleichbehandlung im Erwerbsleben im Vordergrund. Zwar könnte der Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit direkt aufgrund von Artikel 4 der Bundesverfassung eingeklagt werden. Die Praxis zeigt aber, dass von dieser Möglichkeit trotz vorhandener Lohndifferenzen nur selten Gebrauch gemacht wurde. Wir müssen davon ausgehen, dass der fehlende Kündigungsschutz das Haupthindernis dafür war, dass nicht mehr Klagen eingereicht wurden. Dieser Kündigungsschutz ist jetzt in Artikel 10 vorgesehen; wir werden dort der Mehrheit und damit dem Bundesrat zustimmen.

Aber auch die schwierige Beweislage ist ein Hindernis dafür, dass Frauen ihr Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit nur selten direkt gestützt auf die Verfassung einklagen. Hier wollen wir eine Hilfestellung anbieten und Beweiserleichterungen bei Lohndiskriminierungen im Gesetz verankern. Insbesondere bei Lohnfragen ist die Informationslage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerin einseitig verteilt. Die Arbeitnehmerin kann hier in der Regel den Beweis nicht füh-

ren, weil sie keine Einsicht in Vergleichsfälle hat. Deshalb muss der Arbeitgeber hier die Informationen auf den Tisch legen. Die Diskriminierung soll daher vermutet werden, wenn sie von der betroffenen Person glaubhaft gemacht wird.

Die Mehrheit der SVP-Fraktion lehnt das Klage- und Beschwerderecht von Organisationen ab und wird bei Artikel 6 der Minderheit II (Sandoz) zustimmen. Eine starke Minderheit der Fraktion, wozu in diesem Punkt auch ich persönlich gehöre, wird einem modifizierten Klage- und Beschwerderecht von Organisationen gemäss Antrag der Minderheit I (Allenspach) zustimmen. Voraussetzung ist jedoch, dass die Organisationen von nationaler oder regionaler Bedeutung sind, dass sie seit mindestens drei Jahren bestehen und die Diskriminierung mit dem Einverständnis der betroffenen Person feststellen lassen.

Dies, in groben Zügen, die Haltung der SVP-Fraktion. Wir werden unsere Anträge in der Detailberatung weiter begründen.

Vorerst bitte ich Sie, namens der SVP-Fraktion auf die Vorlage einzutreten und die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Tschopp Peter (R, GE): Tout comme M^{me} Zölch, je vous recommande, au nom du groupe radical, d'entrer en matière et de rejeter les propositions de renvoi.

Cette loi – point n'est besoin d'être juriste – est devenue clairement et doublement indispensable. D'abord, c'est une loi d'application d'une norme constitutionnelle on ne peut plus claire. Deuxièmement, l'intégration sociale et économique de la femme dans le circuit formel de l'économie et du tissu social est malgré tout l'un des faits les plus importants de cette fin de siècle. Tout le monde l'a reconnu – nous, avec quelque retard –, mais il n'est jamais trop tard pour bien faire, car des discriminations économiques existent bel et bien.

Il y a des discriminations que nous considérons comme légitimes. Songez par exemple au statut des étrangers résidents! Mais, il est des discriminations qui sont devenues surannées et qu'il faut gommer au plus vite.

En parlant de ces discriminations, nous visons en particulier les discriminations salariales, de carrière ou de formation dont le seul facteur principal explicatif est l'appartenance à un sexe, en particulier féminin.

Ces discriminations structurelles et conjoncturelles sont souvent minimisées. On fait état d'un manque de données. Il y a une étude qui va paraître incessamment, due à la plume de M^{me} Martine Boimont, qui montre que cette discrimination est plus forte qu'on ne le pense communément. Elle se chiffre à quelque 27 pour cent en ce qui concerne le taux de salaire des femmes. On trouve ces discriminations dans le travail à temps partiel et dans le travail à plein temps. Il faut bien comprendre que ces discriminations s'expliquent indépendamment du degré de formation et de productivité des femmes en question, car on peut mettre en lumière qu'il y a des discriminations déjà au stade de la formation que l'on retrouve dans les spécialisations professionnelles que le marché assigne aux femmes en particulier.

Ces discriminations sont intolérables au point qu'il faut aussi songer à des mesures de lutte active, même si elles introduisent paradoxalement des éléments discriminants à l'égard des hommes. Je pars là du principe qu'il est parfaitement légitime de donner une préséance aux femmes qui désirent faire carrière lorsqu'elles ont des qualifications égales.

Mesdames et Messieurs, entrez en matière avec un esprit d'ouverture qui n'exclue pas, pour tel ou tel point, un esprit critique, en particulier pour faire en sorte que cette loi ne soit pas seulement une pétition de principe, mais qu'elle soit aussi applicable dans la pratique.

Iten Joseph (C, NW): Wenn Goethe auch das Glück gehabt hätte Mitglied der vorberatenden Kommission zu sein, hätte er möglicherweise die berühmte Gretchenfrage neu umschrieben. Margarete würde den schönen Faust nicht mehr fragen: «Nun sag, wie hast du's mit der Religion?» Die Frage würde lauten: «Nun sag, wie hast du's mit der Gleichberechtigung? Du bist ein herzlich guter Mann, allein ich glaub, du hältst nicht viel davon.» In einigen Stunden werden wir wissen, ob er recht gehabt hätte.

Aus der Kommission ist darüber zu berichten, dass wir mit grossem Eifer und sehr viel Power an die Sache herangegangen sind. Dieser Eifer ist verständlich. Die beiden amerikanischen Megatrend-Forscher Patricia Aburdene und John Naisbitt kommen in ihrem neuesten Buch «Megatrends Frauen» zum Befund, dass Frauen jetzt die Welt verändern, die Welt, in der wir leben. Sie zeigen in diesem Buch auch anhand vieler Beispiele, welche revolutionären Rollenwechsel das weibliche Geschlecht in unserer Gesellschaft durchläuft. Die Frauen bringen Entwicklungen in Gang, die sich in allen wichtigen Bereichen des menschlichen Lebens auswirken: in der Ausbildung, in der beruflichen Laufbahn, in der Ehe, in der Freizeit, in Geschäftsabschlüssen, bei Investitionen, in Wahlkampagnen und in Werbestrategien. Ein Zitat aus diesem Buch lautet: «Für Frauen ist endlich die Zeit gekommen, ihren Teil der Macht zu übernehmen und ihre Talente und Fähigkeiten dort zu entfalten, wo sie es gerne möchten und wie sie es gerne möchten.» Wer dieses Buch gelesen hat, wird auch den Gesetzentwurf und den Text, den Ihnen die Kommissionsmehrheit vorschlägt, besser verstehen. Denn wie das Buch, so richtet sich auch der Gesetzentwurf zwar vorwiegend, aber nicht nur an die Frauen, sondern auch an die Männer: an die Ehemänner, an die Kollegen, an die Freunde, an die Väter, an Vorgesetzte oder Untergebene und letztlich auch an jene, die in Zukunft nicht aus Unwissenheit oder Bequemlichkeit an den Frauen vorbeizurufen oder vorbeiproduzieren wollen.

Für uns von der CVP-Fraktion ist es überhaupt keine Frage, ob wir auf dieses Gesetz eintreten wollen oder nicht – es ist eine Selbstverständlichkeit; die eben geschilderten Perspektiven für die Zukunft basieren unserer Meinung nach auf sehr soliden Fundamenten. Die rechtliche und wirtschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau ist für uns nicht nur eine Frage der möglichen Entwicklung, sie ist für uns ein klarer Verfassungsauftrag. Sie ist darüber hinaus Ausdruck unserer humanistischen Weltanschauung, unseres Menschenbildes, sie ist Ausdruck unseres Respekts vor der Frau; sie ist deshalb auch für uns ein wichtiger parteiprogrammatischer Punkt.

Ich will deshalb gleich am Anfang festmachen: Die CVP-Fraktion ist klar für Eintreten auf dieses Gesetz; die Rückweisungsanträge lehnt sie ab.

Diese prinzipielle Grundhaltung kann für uns aber nicht bedeuten, dass wir den Gesetzentwurf, den wir in einigen Teilen tatsächlich als nicht besonders geglückt betrachten, unbesehen verabschieden. Auch wenn uns die Stossrichtung einer Vorlage passt, heisst das nicht, dass wir aus politischen oder emotionalen Gründen unsere eigentliche Pflicht als Gesetzgeber vernachlässigen. Es kann auch nicht heissen, dass wir juristisch heiklen Detailfragen aus rein politischen Rücksichten – oder weil uns ein «charmanter Wind» ins Gesicht bläst – aus dem Wege gehen. Die Tatsache, dass ein Nichteintretensantrag und Rückweisungsanträge vorliegen, dass innerhalb der Kommission und auch nachher mit dem Referendum gedroht wurde, zwingt uns, die Sache ernst zu nehmen.

Wir von der CVP-Fraktion möchten deshalb mit Ihnen zusammen heute jene Kräfte sammeln, die einen Weg suchen, der zwar nicht alle zufriedenstellt, der aber in seiner gesamten Konsistenz richtig und logisch ist, und zu einem Gesetz kommen, das, wenn es zur Volksabstimmung kommt, in der politischen Auseinandersetzung auch Bestand haben kann.

Unsere Fraktion lässt sich nicht beirren von jenen, die uns Wortklauberei vorwerfen. Wir lassen uns auch nicht beirren von jenen, die sich als Sprachrohr aller Schweizer Frauen hinstellen. Gerade der Dialog und das Gespräch mit den Frauen in unserer eigenen Partei haben uns deutlich gemacht, dass hier eine recht grosse Bandbreite von Ansichten zutage tritt; so wenig wie es den «Mann als solchen» gibt, gibt es die «Frau als solche». In einer Demokratie sind die Menschen beiderlei Geschlechts Individuen mit eigenen Auffassungen, mit eigenen Zielen, mit eigenen Sorgen und letztlich auch mit eigenen Ansprüchen gegenüber dem Staat und seinen Gesetzen.

Dies bedeutet für unsere Fraktion, dass wir unsere politische Haltung ganz klar zum Ausdruck bringen, dass wir das Gleichstellungsgesetz als Kampfansage gegen die Diskriminierung der Frauen und als Kampfansage gegen die Diskriminierung durch Männer befürworten. Aber wir wollen uns auch die

Mühe nehmen, die praktische Ausgestaltung der einzelnen Diskriminierungssachverhalte und die Auswirkungen der gesetzlichen Erlasse konkret und praxisbezogen zu untersuchen. Das heisst für uns konkret:

Wir wollen nach der Eintretensdebatte sagen, dass wir bereits bei Artikel 1 nicht der einen oder anderen Partei nachrennen, sondern Ihnen eine eigene, sachbezogene und, wie uns scheint, politisch richtige Linie bekanntgeben wollen. Wir wollen Ihnen gleich am Anfang sagen – auf dass Sie sich dann nicht jeweils bei jeder Einzelabstimmung über uns freuen oder beklagen müssen –, wie diese Linie verläuft. Wir wollen uns dabei vom Ergebnis vieler Vernehmlassungen und von vielen Wünschen leiten lassen, die uns von Frauenorganisationen entgegengebracht wurden. Wir haben all diese Stellungnahmen und Wünsche zur Kenntnis genommen. Wir haben auch Vernehmlassungen von Frauenorganisationen bekommen, die uns parteipolitisch sehr nahestehen. Wir möchten aber auch hier zeigen, dass wir bereit sind, über den eigenen Gartenzaun hinauszusehen. Ich denke, dass das, was wir Ihnen als Lösung vorschlagen, im wesentlichen etwa dem entspricht, was uns der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein am 7. Januar dieses Jahres als Wünsche bekanntgegeben hat.

Poncet Charles (L, GE): Il faut vraiment être en Suisse pour qu'une loi sur l'égalité suscite une polémique ou une controverse! Le texte du Conseil fédéral, dans lequel certains voient des innovations révolutionnaires, dans lequel d'autres le crépuscule de la libre entreprise, alors que d'autres encore redoutent la manifestation enragée de féministes déterminées à, en quelque sorte, «castrer» la masculinité politique de ce Parlement, en attendant peut-être de passer à l'acte dans une orgie de domination et de matriarcat, ce texte, en réalité, est d'une banalité parfaite et totalement anodin. Nous avons d'abord un article constitutionnel qui garantit l'égalité, ce qui, dans le monde occidental tout au moins d'aujourd'hui, n'est guère original.

Voici maintenant une loi, qui s'inspire largement de solutions en vigueur depuis 20, 25, 30 ans dans d'autres pays, aux Etats-Unis notamment et dans bon nombre de pays européens également, et sauf à vouloir, à l'avenir, inspirer notre législation des exemples lumineux de pays comme l'Iran ou le Yémen du Sud, le moment est venu d'admettre que l'euro-compatibilité, c'est aussi de ne plus traiter la moitié des Suisses, nos concitoyennes de sexe féminin, comme des adolescentes attardées qui, si elles sont à peu près libérées de l'historique «Kinder, Küche, Kirche», doivent néanmoins laisser les choses sérieuses aux hommes.

La loi, dites-vous, ne doit pas se mêler de la façon dont une entreprise engage tel ou tel collaborateur. Pourquoi pas? De deux choses l'une en effet: ou nos entreprises, fonction publique y compris, ont assimilé l'idée de l'égalité dans l'emploi, et ce ne sont pas quelques procès téméraires ou infondés qui les feront vaciller, ou au contraire elles sont encore pétrées de discrimination, et alors il faut bien que le législateur s'en mêle.

Le harcèlement sexuel, dites-vous, doit être défini de manière restrictive et ne donner lieu à indemnité que si ses effets durent encore: c'est l'étrange solution retenue par le nouvel article 2bis, solution pour le moins inhabituelle dans le droit de la personnalité. C'est pour interdire une atteinte qu'on peut exiger qu'elle dure encore, mais refuser d'indemniser celle ou celui qui en a été victime sauf si l'atteinte dure encore, revient en réalité à priver la victime de tout recours. Aucun – je dis bien aucun – chef d'entreprise digne de ce nom, M^{me} Zölch l'a rappelé tout à l'heure, n'hésitera à prendre chez lui les mesures nécessaires pour discipliner les pinceurs de postérieurs et autres petits chefs tentés d'abuser de leur petite autorité. Sur ce point également, loin d'une révolution, il s'agit en fait d'adapter nos textes à notre discours. Tout le monde admet que le harcèlement sexuel procède d'un état d'esprit parfaitement méprisable. Pourquoi donc faudrait-il se livrer à des contorsions législatives pour éviter d'en tirer les conséquences au plan des textes?

A celles et à ceux qui voient dans ce texte, au mieux une législation inutile, et au pire les prémices d'une apocalypse judi-

cière où chaque entreprise devrait demain matin engager une dizaine d'avocats pour faire face à l'avalanche de procès qui se produiraient, je dis qu'ils se trompent. Dans quelques années, nous constaterons ensemble que la législation suisse n'a fait que concrétiser bien sagement ce droit individuel nouveau, que les revendications féminines, même lorsqu'elles sont formulées avec quelque agressivité – et, disons-le, parfois avec quelque intolérance –, loin de constituer une menace pour ce pays, sont en réalité une chance de mieux utiliser une prodigieuse quantité de talents et de ressources dont il serait stupide de se priver. S'il faut pour cela se plier à quelques exercices bizarres comme de dire «M^{me} la sapeuse-pomprière – exemple genevois authentique – ou »Frau Lokomotivführerin«, c'est un prix modique, et surtout temporaire, à payer face à l'enjeu combien plus important dont nous débattons aujourd'hui.

En conclusion, voici un texte sur lequel l'entrée en matière ne souffre aucun doute ni aucune hésitation. (*Applaudissements*)

Bühlmann Cécile (G, LU): Sie kennen sicher die alte Volksweisheit: «Was lange währt, wird endlich gut.» Etwas weniger bekannt dürfte wahrscheinlich vor allem Ihnen, meine Herren Nationalräte, die von Frauen veränderte aktualisierte Version dieses Satzes sein: «Was lange währt, wird endlich Wut.» Dieser Satz drückt aus, was in diesem Lande Tausenden von Frauen, auch Frauen von bürgerlichen Parteien, Frau Zölch, angesichts der real existierenden Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen hochkommt. Aus Protest gegen das zehnjährige Nichteinlösen des Verfassungsgrundsatzes – er ist schon so oft zitiert worden – «Mann und Frau sind gleichberechtigt...» gingen am 14. Juni 1991 Zehntausende von Frauen auf die Strasse. Das hat es noch nie gegeben in diesem Land. Als am 3. März letzten Jahres dieses Parlament in völliger Verkennung des Anspruchs und des gestärkten Selbstbewusstseins der Frauen diesen Anspruch auf wenigstens eine Vertreterin unseres Geschlechtes im Bundesrat einfach ignorierte, bekamen Sie, meine Herren Nationalräte, von dieser Wut der Frauen ja ein ganz schönes Stück ab. Heute schauen die Frauen wieder mit grossem Interesse auf Sie, meine Herren Nationalräte, und auf uns alle hier. Es schauen nicht nur die Frauen auf den beschränkt zur Verfügung stehenden Plätzen auf den Tribünen, es schauen auch viele Frauen und Männer via Fernsehübertragung in der ganzen Schweiz, ob wir unserem verfassungsmässigen Auftrag als gesetzgebende Behörde endlich nachkommen und ein richtiges Gesetz zur Realisierung der Gleichstellung verabschieden werden; denn die Zeit der Lippenbekenntnisse, die nichts kosten, ist vorbei.

Mit Sprüchen wie «Ich bin im Prinzip schon für die Gleichberechtigung, aber nicht mit dem Mittel der Verbandsklage, der Beweislasteileichterung, dem Kündigungsschutz» werden wir Frauen um unsere verfassungsmässig garantierten Rechte geprellt. Es geht nicht um einen «charmanten Wind», in dem es mitzusegeln gilt, Herr Iten Joseph. Es muss ganz deutlich gesagt werden: Diesen verfassungsmässigen Auftrag nicht einzulösen ist auch kein Kavaliersdelikt, sondern Ausdruck tief verwurzelter Frauenfeindlichkeit.

Wenn Herr Poncet meint, dass der vorliegende Text banal sei, dann kann das jemand aus der Situation der Stärke heraus so interpretieren. Für uns ist es aber ein ganz wichtiger Text; denn das Gesetz, das wir vor uns haben, ist nichts anderes als ein Instrument, um die herrschenden Diskriminierungen und die daraus hervorgehenden Missverhältnisse punkto Anstellung, Aufstieg, Weiterbildung und Lohn im Bereich der Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern wirksam bekämpfen zu können.

Das Ziel muss eine Arbeitswelt sein, in der beide Geschlechter faktisch gleichgestellt sind. Von diesem Ziel sind wir noch dramatisch weit weg. Das geht aus der neuesten Broschüre des Bundesamtes für Statistik hervor, das geht aus einer «WoZ»-Studie hervor. Beides haben wir noch rechtzeitig vor der Behandlung dieses Geschäftes erhalten.

In der Frage der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern hat sich nämlich laut diesen neuesten Statistiken noch wenig geändert.

Immer noch gilt für die Arbeitswelt, dass der arbeitende Mensch im Normalfall männlich ist, der nach einer Grundausbildung, die meist schon besser ist und länger dauert als die der Frauen, ins Erwerbsleben eintritt, dort ununterbrochen und vollzeitlich arbeitet, in ihm entsprechende Karrierepläne einbezogen und gefördert wird und im Laufe der Jahre durch Erfahrung und Weiterbildung soziales Prestige erhält, letzteres sowohl durch den Lohn wie auch durch die Einbettung ins Netz der Sozialversicherungen. Er hat, falls er Familienvater ist, eine Frau, die ihm eine perfekte häusliche Infrastruktur liefert und die gemeinsamen Kinder betreut. Ich nehme an, meine Herren Nationalräte, dass Ihnen das beschriebene Modell sehr bekannt vorkommt.

Ganz anders sieht es normalerweise bei Frauen aus. Sie machen in der Regel eine verhältnismässig kürzere Ausbildung in einem der sogenannten typisch weiblichen Berufssektoren – Büro, Verkauf oder Krankenpflege –, sind ein paar Jahre vollzeitlich berufstätig und reduzieren dann – wenn ihre männlichen Kollegen Karriere zu machen beginnen – ihre Erwerbsarbeit, um Familienpflichten zu übernehmen und durchlaufen den schwierigen Parcours der berufstätigen Mütter mit all seinen grossen Hindernissen, oder sie steigen vorübergehend sogar ganz aus dem Erwerbsleben aus. Das ist immer noch die klassische Rolle der Frauen.

Fazit: «Frauen spielen im Berufsleben eine untergeordnete, einflussarme und auf klassisch-weibliche Tugenden fixierte Rolle.» Das ist ein Zitat von Elisabeth Michel-Alder. Das hat laut der gleichen Statistik, die ich zitiert habe, auch zur Folge, dass die finanziellen Ressourcen äusserst ungleich unter den Geschlechtern verteilt sind. Neben einem generellen Gefälle, das mit der beschriebenen typischen Erwerbsbiographie von Frauen und Männern zu tun hat, finden sich auch Unterschiede bei vergleichbaren Positionen. So gibt es z. B. eklatante Lohnunterschiede bei gleichem Ausbildungsniveau. Das muss eigentlich noch mehr alarmieren.

Das vorliegende Gesetz will hier Abhilfe schaffen. Aber es muss ganz klar gesagt sein: Es ist sehr stark auf die Erwerbsarbeit ausgerichtet, und dem Gesetz müssen noch viele weitere Schritte in anderen Bereichen der Gesellschaft folgen. Ich erwähne nur die Stichworte Mutterschaftsversicherung, familienexterne Kinderbetreuung und Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen. Das Gesetz ist nur ein Teil einer ganzen Palette von Massnahmen zur tatsächlichen Verwirklichung der Gleichstellung. Aber es ist ein ganz wichtiger Teil. Deshalb darf an diesem bundesrätlichen Entwurf nichts mehr abgeschwächt werden. Es ist bereits ein Kompromiss, was uns der Bundesrat hier vorschlägt.

Wir hätten gerne noch mehr gehabt: Ein Behördenklagerecht für die Gleichstellungsbüros oder das Verbandsklagerecht nicht nur für Feststellungs-, sondern auch für Leistungsklagen, oder die Nichtigkeit, statt nur die Anfechtbarkeit von Rachekündigungen zum Beispiel, oder die Auflage, dass für den Erhalt von Submissionsaufträgen und Subventionen die Lohngleichheit zwischen Frau und Mann und das Bestehen von Frauenförderungsprogrammen nachgewiesen werden muss.

Aber wir von der grünen Fraktion haben von Anfang an die Kompromissvariante des Bundesrates als – um das bekannte Bild zu brauchen – tauglichen Spatz in der Hand unterstützt. Wir werden aber sämtliche Verwässerungsversuche vehement bekämpfen und unterstützen nur die Anträge, die im Sinne der vorher genannten Wünsche über die Kompromissvorlage des Bundesrates hinausgehen. Wir werden für Transparenz sorgen, indem wir bei allen wichtigen Pfeilern des Gesetzes eine Abstimmung unter Namensaufruf verlangen, damit unsere Wählerinnen und Wähler erfahren, wer sich hier tatsächlich für die Gleichstellung einsetzt und bei wem das unter der Rubrik «leere Versprechungen» als Wahltaktik abzubuchen ist.

Frau Aubry und Frau Sandoz, wir wollen Transparenz, um die Kohärenz der politischen Rede und des politischen Handelns kontrollieren zu können. Wenn Sie das als Drohung empfinden, finde ich das eine seltsame Interpretation unserer politischen Arbeit.

Bär Rosmarie (G, BE): Sie haben es gehört von Herrn Poncet, Sie haben es gehört von Frau Bühlmann: Heute geschieht in diesem Hause nichts Revolutionäres. Wir sind auch nicht daran, etwas Pionierhaftes, etwas Vorbildliches oder gar etwas Wegweisendes zu machen. Leider, möchte ich sagen. Wir tun nur das, was längst fällig war. Wir erfüllen einen Gesetzgebungsauftrag, der sich aus Artikel 4 Absatz 2 zweiter Satz der Bundesverfassung ergibt. Und wir erfüllen diesen Auftrag im Vergleich zum Ausland auf einem Minimalstandard.

Im Vorfeld des heutigen Tages haben Sie und ich einen Brief erhalten, der schon fast einmalig ist. Es ist aussergewöhnlich, dass der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein als traditioneller bürgerlicher Vereinsdachverband, Frau Zölch, zusammen mit der Ofra, zusammen mit dem Verein Feministischer Wissenschaft Schweiz, mit den Frauen für den Frieden, zusammen mit dem Evangelischen Frauenbund der Schweiz und dem Schweizerischen Katholischen Frauenbund, dem Schweizerischen Verband für Frauenrechte und anderen gemeinsam einen Brief schreibt. Zusammen vertreten sie mehr als eine Million Frauen in diesem Land – auch sehr viele bürgerliche Frauen!

Der Brief ist ein Alarmsignal: «Mit grosser Besorgnis verfolgen wir die politische Diskussion um den Entwurf des Gleichstellungsgesetzes», schreiben die Frauenverbände. Und weiter: «Wir sind der Meinung, dass der Kompromissvorschlag des Bundesrates keine weiteren Abschwächungen erfahren darf.» Dieser Feststellung ist nichts beizufügen. Denn kein Teil des vorliegenden Gesetzes kann ohne Schaden am Ganzen weggelassen werden. An den vier Hauptpfeilern, dem umfassenden Diskriminierungsverbot, der Beweislasteileichterung, der Verbandsklage und dem Kündigungsschutz, darf nicht herumgepickelt werden. Wer es trotzdem tut, nimmt ein Gesetz in Kauf, das kaum Wirkung entfalten wird, und akzeptiert damit, dass die Frauen weiterhin diskriminiert werden.

Heute sind viele Frauen nach Bern gereist. Nicht aus Vorfreude, sondern aus der Besorgnis heraus, einmal mehr könnten ihnen verwehrt werden, was ihnen von der Verfassung her seit Jahren zusteht. Es ist unhaltbar, dass 1994 immer noch um etwas gekämpft werden muss, das nicht mehr als das Selbstverständliche ist.

«Die Geduld der Frauen ist die Macht der Männer.» Dieser Sprachspruch hat ausgedient. Die Zeit des Hinhaltens und die Zeit des Wartens auf bessere Zeiten sind vorbei.

Seit letzter Woche kennen wir genauere Zahlen zur Lohndiskriminierung. Frauen werden jährlich durch direkte und indirekte Diskriminierung für geleistete Arbeit um rund 20 Milliarden Franken geprellt. Das ist annähernd der Betrag, den die Schweiz jährlich für die AHV-Renten ausgibt. «Skandalös» scheint mir hier der richtige Ausdruck zu sein! Und wenn es noch eines eindrücklichen Dokumentes zur Notwendigkeit dieses Gesetzes bedurfte hätte, vor allem zur Einführung der Beweislasteileichterung und der Verbandsklage, dann wäre es mit dieser neuesten Studie geliefert.

Heute ist der Tag des Farbebennens in unserem Parlament. «Die tatsächliche Gleichstellung der Frauen ist zu verwirklichen», steht praktisch in allen Parteiprogrammen und auf allen Hochglanz-Wahlprospekten. Dieses Versprechen muss heute, soweit es mit diesem Gesetz geschehen kann, eingelöst werden.

Seit 1981 steht Artikel 4 Absatz 2 in der Bundesverfassung. Es war der klare Wille, damit die bestehenden Diskriminierungen der Frau zu beseitigen und ihre rechtliche und tatsächliche Gleichstellung in den verschiedenen Lebensgebieten zu verwirklichen. Bei der Behandlung des Verfassungsartikels im Jahr 1980 in diesem Rat hat zum Beispiel der damalige Fraktionssprecher der SVP, es war ein gewisser Nationalrat Ogi, folgendes gesagt: «... dass es langfristig nicht einfach nur um die Beseitigung der rein rechtlichen Benachteiligungen gehen kann, sondern auch gezielte Massnahmen zu ergreifen sein werden, um die faktische Benachteiligung ebenfalls aufzuheben.» Heute hat es aus der SVP-Fraktion anders getönt. Der Antrag Bortoluzzi ist ein Armutszeugnis für das ganze Gewerbe, es ist ein Eingeständnis dafür, dass das Gewerbe nur florieren kann, wenn es die Frauen diskriminiert.

Was ist geschehen, seit der Artikel in die Verfassung aufgenommen wurde? Die Bestimmungen wurden bloss als formale Gleichstellung von Frau und Mann verstanden; der umfassende Zielsetzung des Artikels wurde kaum Rechnung getragen, ja es führte zum Teil dazu, dass die rechtliche Stellung des Mannes verbessert und gleichzeitig die Abschaffung von traditionellen Schutzmassnahmen für Frauen durchgesetzt wurden. Dies, obwohl der damalige Kommissionspräsident Hänsenberger im Ständerat folgendes festhielt: «Es geht hier – und das wird bei der Auslegung dieser Verfassungsbestimmung immer wieder bedacht werden müssen – um den Abbau von Benachteiligungen der Frau, nicht um den Abbau ihrer Privilegien, die ihr mit Recht und aus guten Gründen bisher eingeräumt worden sind.»

Gleichstellung reicht inhaltlich über die Gleichberechtigung hinaus. Das Gleichberechtigungsgesetz verpflichtet daher den Staat nicht nur zur Einhaltung des Diskriminierungsverbotes, es ist nicht bloss ein Abwehrrecht des Staates, sondern es verpflichtet ihn darüber hinaus, mit positiven Massnahmen tatsächliche Gleichstellung herzustellen.

Das Bundesgericht teilt diese Auffassung. In einem Entscheid vom Februar 1992 hat es geschrieben, «dass ein als ausschliessliches Diskriminierungsverbot verstandener Gleichstellungsartikel auf die effektive Geschlechtergleichstellung nur unzureichend hinzuwirken vermag». Soweit das Bundesgericht. Mit dieser Aussage hat sich das Bundesgericht der Meinung der modernen Staatsrechtslehre angeschlossen.

Damit ist deutlich gesagt, dass wir heute nicht eine Debatte um irgendeinen beliebigen Artikel in der Bundesverfassung führen. Wir führen hier und heute eine Grundrechtsdebatte und somit eine Menschenrechtsdebatte. Endziel sind die Selbstbestimmung und die Selbstentfaltung aller Menschen unabhängig vom Geschlecht. Gleichberechtigung bedeutet, dass beide Geschlechter die gleichen umfassenden Chancen zu einer ganzheitlichen Lebensgestaltung haben. Der Bundesrat umschreibt es so: «Die Gleichbehandlung im Recht ist nicht Selbstzweck, sondern auf die Schaffung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten in der gesellschaftlichen Wirklichkeit angelegt.» Diesem Ziel müssten wir heute ein kleines bisschen näherkommen. Wir können es nur tun, wenn wir das Gleichstellungsgesetz so verabschieden, wie es uns der Bundesrat vorgelegt hat. Die einstimmige grüne Fraktion wird es tun.

Wanner Christian (R, SO): Wie immer bei politisch umstrittenen Vorhaben sollten wir uns zuerst an die Fakten erinnern. Das ist namentlich hier hilfreich, weil gerade die Fakten eine deutliche Sprache sprechen. Vor 13 Jahren haben wir einen Verfassungsartikel angenommen, es wurde bereits gesagt. 1986 erschien das Rechtsetzungsprogramm über den gesetzlichen Anpassungsbedarf. Und ich erinnere mich noch gut: Allein der Stichwortkatalog hat damals acht Seiten gefüllt. Bisher ist einiges, aber trotzdem wenig geschehen.

Der Verfassungsartikel sah und sieht allerdings nicht nur die arbeitsrechtliche Gleichstellung vor. Schon aus diesem Grund und bei richtiger Interpretation der Verfassung können Anträge, die die Frage der Gleichstellung auf diesen engen Bereich zurechtstutzen wollen, nicht gutgeheissen werden. Im Gegenteil: Der Verfassungsartikel sieht die umfassende Gleichstellung vor. Ganz abgesehen davon ist eine sektorielle Gleichstellung ohnehin ein gesellschaftspolitischer Unsinn.

Natürlich wäre es gut, wenn wir kein Gleichstellungsgesetz bräuchten. Natürlich wäre es zu begrüessen, dass Selbstverständlichkeiten nicht in der Verfassung und schon gar nicht noch zusätzlich in einem Gesetz festgeschrieben werden müssten. Es wäre auch eine gute Sache, wenn allein schon der Drohfinger des Verfassungsartikels genügen würde, den gesetzlichen Bedarf zur Illusion werden zu lassen, weil die verlangte und gutgeheissene Entwicklung sich von selber vollziehen würde.

Aber gerade hier haben die Tatsachen gezeigt, dass dem nicht so ist. Schon aus diesem Grunde braucht es eben dieses Gleichstellungsgesetz. Im übrigen werden Sie nicht bestreiten können, dass der vorliegende Gesetzentwurf nicht die Revolution bedeutet, ganz im Gegenteil. Schon in den Vorverfahren, in der Kommission – eventuell wird dies auch noch hier im Rat

der Fall sein –, ist die ganze Sache redimensioniert worden. Aber was bleibt oder bleiben wird, darf nicht ein gerupftes Huhn sein, sondern muss den Anliegen der Frauen und damit der Gesellschaft zum Durchbruch verhelfen. In diesem Sinne werde ich dem vorliegenden Gleichstellungsgesetz zustimmen.

Scherrer Jürg (A, BE): Seit Jahren ertönt in diesem Parlament und bei politischen Parteien der Ruf nach Deregulierung. Und je lauter der Ruf nach Deregulierung ertönt, um so stärker läuft die Gesetzesmaschinerie. Ich weiss, es gibt Tausende von Entschuldigungen und Begründungen dafür, wieso ausgerechnet dieses Gesetz jetzt geschaffen werden muss. Aber nur schon angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage unseres Landes, auf die ich später eingehen werde, sehe ich keinen Grund, auf dieses Gesetz einzutreten.

Gleichberechtigung, wie sie in der Bundesverfassung richtigerweise festgehalten ist, hat nichts mit der vorliegenden Gleichstellung zu tun, die auf Gleichmacherei hinausläuft.

Mit solchen Gesetzen bewegen wir uns genau in die Richtung, aus der die Staaten des ehemaligen Ostblockes gerade herkommen. Der Staat soll alles regulieren. Das Gesetz schreibt den Unternehmen alles vor. Alles wird gleichgeschaltet, alles wird gleichgemacht. Haben wir aus der Geschichte tatsächlich nichts gelernt?

Die Votanten, die jetzt explizit die Frauenförderung in den Vordergrund stellen, unterliegen einem fundamentalen Irrtum. Dieses Gesetz ist nämlich nicht ausschliesslich für die Frauen geschaffen. Lesen Sie den Titel und lesen Sie die Artikel. Es geht um die Gleichstellung von Frau und Mann. Der Tag wird kommen, wo sich dieses Gesetz – als Frauenförderung deklariert – ins Gegenteil verkehren wird, nämlich dann, wenn Frauenanliegen, wie sie von extremer Seite gefordert sind, umgesetzt werden und sich plötzlich die Männer diskriminiert fühlen und es auch sein werden. Echte Gleichberechtigung auf partnerschaftlicher Ebene lässt sich nicht per Gesetz und Dekret erreichen.

Die Fraktion der APS wird den Nichteintretensantrag der Minderheit unterstützen. Bei Annahme dieser Vorlage wird vor allem das kleine und mittlere Gewerbe unseres Landes betroffen. Es ist bezeichnend, dass die Kommission bei den Hearings nur Vertreter von Grossfirmen und Konzernen begrüsst hat, aber keinen Gewerbevertreter. Unser Land, unsere Wirtschaft, lebt in der Hauptsache nicht von Konzernen, sondern vom kleinen und mittleren Gewerbe, welches besonders in der heutigen Wirtschaftslage tagtäglich ums nackte Überleben kämpft. Solche Betriebe werden die Folgen, die sich möglicherweise aus diesem Gesetz ergeben, schlicht und einfach nicht mehr tragen können. Eines Tages werden Sie und das Volk sich fragen, wie es soweit kommen konnte. Und dann erinnern Sie sich an den heutigen Tag.

Ich werde Ihnen jetzt anhand von drei Beispielen erläutern, welche Folgen auf unser Gewerbe zukommen, wenn Sie diesem Gesetz zustimmen:

Beispiel 1, Diskriminierungsverbot: Im Falle einer angeblichen Diskriminierung, die dann je nach Richter noch tatsächlich festgestellt wird, ist es möglich, dass ein Betrieb bis zu sechs Monatslöhne bezahlen muss – extreme Anträge verlangen ja eine weit längere Zeitspanne –, ohne dass der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin einen entsprechenden Arbeitseinsatz geleistet hat.

Oder wenn ein Betrieb eine Stelle ausschreibt, eine einzige Stelle, und es melden sich 50 Bewerber, dann liegt es ja wohl auf der Hand, dass nur eine einzige Person angestellt werden kann. Und es spielt gar keine Rolle, ob es eine Frau oder ein Mann ist. Rein theoretisch können jetzt 49 Bewerber vom Betrieb eine schriftliche Begründung verlangen, wieso sie nicht angestellt worden sind. Für einen Grossbetrieb ist dies wahrscheinlich kein Problem, mit Serienbriefen zu lösen. Für einen kleinen Betrieb bedeutet es einen enormen Arbeitsaufwand. Und jetzt muss es nur einer, zwei oder drei dieser Personen in den Sinn kommen, willkürlich eine Klage anzustreben, sich auf Diskriminierung zu berufen. Je nach Gerichtsurteil und je nach Richter, denen ich heute auch nicht mehr allen über den Weg traue, ist dann eben eine mehr oder weniger hohe

Summe zu bezahlen. Und allein aufgrund dieser Rechtshändel, die die Betriebe massive Summen kosten, ist es möglich, dass kleine und mittlere Gewerbebetriebe in den Konkurs getrieben werden.

Ich weiss, Sie werden mir das jetzt nicht glauben. Der APS glaubt man es nie. Aber ich sage Ihnen, wir haben noch immer Recht erhalten, und wir werden auch da Recht bekommen.

Beispiel 2, Kündigungsschutz: Eine Arbeitnehmerin oder auch ein Arbeitnehmer sieht sich der Gefahr ausgesetzt, dass wegen mangelnder Arbeitsleistung eine Kündigung ausgesprochen werden könnte. Es ist natürlich nichts leichter, als jetzt eine Klage wegen angeblicher Diskriminierung anzustrengen. Bis zu einem Urteil dauert es einige Zeit, und während des Verfahrens und 6 oder sogar 9 Monate darüber hinaus ist die Stelle nicht mehr kündbar, selbst bei katastrophalen Leistungen des oder der Angestellten. Welcher Betrieb verkraftet das?

Beispiel 3, sexuelle Belästigung: Kein Betrieb ist in der Lage, die aufgrund dieses Gesetzes geforderten Massnahmen zur Verminderung von sexueller Belästigung wirklich und dauerhaft zu vermeiden. Was ist überhaupt sexuelle Belästigung? Gewisse Damen fühlen sich schon sexuell belästigt, wenn man ihnen ein Kompliment über die Frisur macht. Andere sind erst dann sexuell belästigt, wenn man sie berührt. Die Spanne in diesem Empfinden ist so breit, dass Sie das gesetzlich gar nicht regeln können. Aber ein Klagerecht wird geschaffen, und es werden den Betrieben, die nicht dauerhaft und zuverlässig für Abhilfe sorgen, Konsequenzen in Form von Zahlungen in Höhe von Tausenden und Zehntausenden von Franken angedroht. Und einem solchen Gesetz wollen Sie zustimmen!

Dann wird natürlich wieder gefördert. Es wird wieder gefördert, obwohl die Bundeskasse leer ist, es werden Gleichstellungsbüros und andere Institutionen finanziert. Es ist natürlich wunderbar, eine Stelle in einem solchen Büro zu finden. Da kann man im Sinne der angeblichen Gleichberechtigung irgendwelche emsigen oder auch weniger emsigen Aktivitäten entwickeln. Hauptsache ist, der Lohn kommt jeden Monat aufs Konto.

Dann wird natürlich wieder ein Verbandsbeschwerderecht eingeführt, das ist ja völlig klar. Das ist dann noch der Schlagrahm auf diesem Kuchen – und der wird unsere Volkswirtschaft weiter schwächen. Aber unsere Volkswirtschaft verträgt schlicht und einfach keine weiteren Schwächungen mehr.

Die Fraktion der Auto-Partei wird den Nichteintretensantrag unterstützen. Sie wird selbstverständlich beide Rückweisansprüche unterstützen. Wenn Sie aber, wie ich vermute, in völliger Ignorierung der wirtschaftlichen Tatsachen und der Konsequenzen Eintreten beschliessen und die Rückweisansprüche ablehnen sollten, dann wird die Fraktion der Auto-Partei im Sinne einer Schadenbegrenzung allen Anträgen zustimmen, welche die Gefahren, die von diesem Gesetz ausgehen, minimieren.

Grendelmeier Verena (U, ZH): Es ist in der Tat etwas Mühsames und wenig Begeisterndes um dieses Geschäft, Herr Poncet hat es sehr deutlich gesagt. Tatsache ist, dass es sich um unsägliche Banalitäten handelt, um uralte Forderungen, die von Generationen von Frauen immer wieder gestellt werden mussten, immer wieder die gleichen Forderungen und immer wieder erfolglos, vor allem dann, wenn es um konkrete Schritte ging. So scheint es auch heute, wenn man den Verfechtern dieser Rückweisansprüche mit ihren apokalyptischen Drohungen lauscht – wie die Schweizer Wirtschaft zusammenbrechen wird –, allen voran dem Gewerbeverband, dem alles Beherrschenden in diesem Land.

Dreizehn Jahre sind es nun her, seit wir den hehren Grundsatz der Gleichberechtigung in der Verfassung verankert haben. Das dünkt mich eine stolze Zeit, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass sich seither nur sehr wenig Konkretes verändert oder verbessert hat.

Heute haben wir nun endlich die Chance, zu beweisen, dass es uns damals, vor dreizehn Jahren, mit dieser Gleichberechtigung halbwegs ernst war.

Das vorliegende Gesetz, in der Fassung des Bundesrates, ist aber nichts weiteres als ein Kompromiss aufgrund der Ver-

nehmlassung. Es ist keineswegs eine überrissene Forderung, die hier gestellt wird. Es ist sozusagen ein Minimalkatalog eines, wie mir scheint, konsensfähigen gesetzlichen Instrumentariums, welches aber unter gar keinen Umständen noch weiter verwässert und gezähmt werden darf.

Die Vorlage beschränkt sich zwar im wesentlichen auf das Erwerbsleben, sie schafft aber – das scheint mir wichtig – gleichzeitig auch die Grundlage für das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, dessen Aufgabe es dann sein wird, die Benachteiligung der Frauen in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen auszumerken: in Bildung, Familie, sozialer Sicherheit usw. Die Gleichstellung in all diesen Bereichen muss jedoch in Einzelrevisionen noch einmal erkämpft werden; bis zur tatsächlichen Gleichstellung, wie sie in Artikel 1, im Zweckartikel, beschrieben ist, ist es also noch ein sehr langer Weg – selbst wenn wir dem heutigen Gesetzentwurf zustimmen und damit wenigstens einen Anfang machen. Wer nun aber hofft, dass die Korrektur einer jahrhundertealten Diskriminierung zum Nulltarif zu haben ist, beweist, dass ihm der Verfassungsartikel der Gleichberechtigung nicht viel mehr wert ist als das Papier, auf welchem er gedruckt steht. Mit Verlaub: Diesen Eindruck musste man als Kommissionsmitglied erhalten, wenn man erleben musste, mit welcher Flut von Anträgen von rechtsbürgerlicher Seite wir eingedeckt wurden, und mit welcher Flut von Anträgen dieses an sich schon zahme Gesetz bekämpft oder verwässert wurde.

Meine Damen und Herren, insbesondere Herr Scherrer Jürg: Was wir hier beraten, ist kein Gesetz zur Hege und Pflege des notleidenden Arbeitgeberverbandes oder des Gewerbeverbandes unter Berücksichtigung von dessen Besitzstandswahrung. Ich kann Ihnen dazu ein paar Zahlen nennen – von wegen Nulltarif.

Fragen wir uns doch einmal, wieviel die Ungleichbehandlung diesem Staat bis jetzt gebracht hat – auf dem Buckel der Frauen.

Rechtzeitig zu dieser Debatte sind verschiedene Artikel und Zahlen erschienen: «Zumindest ein Lohnunterschied von 14 Prozent lässt sich weder durch Ausbildung, Berufserfahrung und andere lohnbestimmende Faktoren erklären und entspricht damit einer direkten Lohndiskriminierung.» Und weiter heisst es im gleichen Artikel, «dass also den Frauen allein aufgrund der direkten Lohndiskriminierung jährlich eine Summe in der Grössenordnung von 5 Milliarden Franken entgeht.» Der Reichtum in unserem Land beruht also nicht zuletzt auf der Tatsache, dass er auf Kosten der Frauen verdient wurde.

Wir haben hier nun die Möglichkeit, diese Ungerechtigkeit, diese unerträgliche Ungerechtigkeit, zu beraten. Eine Ungerechtigkeit, die, wie mir scheint, zur Selbstverständlichkeit geworden ist, und zwar dergestalt, dass sie kaum mehr wahrgenommen wird, dass sie sozusagen als normal gilt. Das gilt sogar für die Opfer dieser Ungerechtigkeit, für die Frauen – wenigstens teilweise –, nur dass es sich bei den Frauen um eine Verdrängung dieser Ungerechtigkeit handelt, die das Resultat einer bitteren Erfahrung ist, einer Realität, die man bisher nicht bekämpfen konnte, gegen die man sich nicht wehren konnte. Das soll sich nun ändern.

Sie kennen die fünf Hauptpunkte dieses Gesetzes: Diskriminierungsverbot, Verbot der sexuellen Belästigung, Beweislastumkehr, Verbandsklagerecht, Kündigungsschutz – alles in allem ein Instrumentarium, das es erlauben würde, dem Verfassungsartikel und damit dem Gebot der Gerechtigkeit Nachachtung zu verschaffen.

Zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Anfang der siebziger Jahre, also zu der Zeit, als man den allerersten Schritt zur Gleichberechtigung, nämlich die Einführung des Frauenwahl- und -stimmrechtes, diskutierte, machte folgender Spruch in der Gesellschaft die Runde – er wurde heute schon einmal zitiert –: «Die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen.» Es könnte aber sein, meine Herren, dass diese Geduld eines nicht allzu fernen Tages plötzlich und sehr abrupt zu Ende ist. Und das kann nicht in Ihrem Interesse liegen; die nächsten Wahlen kommen bestimmt.

Die LdU/EVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und lehnt alle Anträge auf Rückweisung und Nichteintreten ab.

Grossenbacher Ruth (C, SO): Als junge Lehrerin erhielt ich 25 Prozent weniger Lohn als mein gleichaltriger Kollege, der im gleichen Schulhaus die Parallelklasse führte – dies, nachdem wir während vier Jahren eine identische Ausbildung genossen hatten. Solche offensichtlichen, auf einen Blick erfassbaren Ungleichheiten haben wir kaum mehr. Trotzdem fühle ich mich bei der Behandlung dieses Geschäftes in jene Zeit der späten fünfziger Jahre zurückversetzt, denn immer noch verdienen Frauen weniger als Männer für gleiche oder gleichwertige Arbeit. Immer noch dauert es Jahre, bis Lohnungleichheiten über den Rechtsweg eliminiert werden – ich denke an den 13jährigen Kampf der Hauswirtschaftslehrerinnen und Kindergärtnerinnen von Basel.

Aus diesen Gründen brauchen wir das vorliegende Gesetz jetzt. Der entsprechende Verfassungsartikel, den wir vor 13 Jahren angenommen haben, genügt nicht. Sonst hätte die Schweiz seither nicht dank niedrigen Frauenlöhnen 226 Milliarden Franken gespart.

Vielleicht ist diese Zahl eine Antwort darauf, weshalb viele gegen dieses Gesetz sind. Wenn wir von Gleichstellung sprechen, dürfen wir aber nie von Gleichmacherei ausgehen. Anders gesagt: Gleichstellung wird oft mit Gleichmacherei verwechselt, auch in diesem Saal. Deshalb akzeptiere ich zum Beispiel, dass es Berufskategorien gibt, in denen Männer in der Überzahl sind und Berufskategorien, die überwiegend von Frauen besetzt sind. Ich akzeptiere aber nicht, dass es bereits während der Lehre frappante Lehrlingslohnunterschiede gibt, je nach gewähltem Beruf. Sogenannte Frauenberufe werden bereits in der Lehre als «weniger wert» eingestuft.

Wenn wir hier und heute von der Erwerbsarbeit sprechen, so dürfen wir nicht vergessen, dass in unserem Land von vielen – meistens von Frauen – unbezahlte Arbeit geleistet wird, unentgeltlich, zum Beispiel für die Familie, in der Nachbarschaftshilfe, bei der Betreuung von Betagten und Pflegebedürftigen. Ohne diesen unentgeltlichen Einsatz würden wir volkswirtschaftlich bald den Konkurs anmelden müssen. Ohne diese Arbeit von Mensch zu Mensch wären wir auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht ein armes Land. Diese Arbeit ist nicht bezahlbar, sie muss aber unbedingt in der laufenden AHV-Revision berücksichtigt bleiben. Hier und heute geht es aber um die Gleichstellung in der Erwerbsarbeit.

Ich sage mit Überzeugung ja zu diesem Gesetz; es ist ein Ja nicht zuletzt für meine Tochter und vielleicht für meine Enkelinnen.

Borradori Marco (D, TI): Il nostro gruppo si schiera, compatto, per l'entrata in materia.

Già sotto un profilo squisitamente giuridico abbiamo il dovere di concretizzare in via legislativa il dettato costituzionale a suo tempo accettato da popolo e Cantoni, che non può semplicemente rimanere lettera morta, ma va attuato, così da poter essere anche rispettato.

Non si può certo negare che nel cammino verso l'uguaglianza siano stati compiuti dei progressi consistenti, che variano da Cantone a Cantone, da impresa ad impresa, da situazione a situazione. Tuttavia si può e si deve fare meglio, tendere sempre al miglioramento.

E' incontestabile che in questo campo il margine di manovra è ancora molto ampio. Tempo fa mi è capitato di chiedere a una dirigente di azienda ticinese se, a suo modo di vedere, una legge fosse veramente indispensabile per risolvere il problema della non-discriminazione. Mi è stato risposto che, per far evolvere la causa delle donne, un cambiamento delle strutture è comunque auspicabile e che la legge rappresenta un passo nella giusta direzione. Ecco, in generale il pregio di una legge risiede proprio in questo, nel fatto di esplicitare un effetto preventivo, di lanciare un segnale di sensibilizzazione all'indirizzo della popolazione. Così è anche in questo caso.

L'uguaglianza non interverrà certo di punto in bianco, quasi per magia, con l'adozione di una legge. Il processo durerà a lungo. Occorrerà un cambiamento di mentalità non da poco. L'equità si materializza sempre solo con il tempo. Tuttavia, questa ragione non può essere una scusa, un pretesto per noi per non metterci in moto. La rotta è stata indicata ed è giusto oggi seguirla.

Per questo il nostro gruppo entrerà in materia, senza condizioni. Ciò non toglie però che all'interno del nostro gruppo sussistono non poche perplessità in merito ai contenuti della legge, perplessità che troveranno espressione al momento dell'esame e della votazione di dettaglio. Non si può fare a meno di formulare un certo numero di riserve. Alcune correzioni dovranno essere apportate.

Non nascondiamo infatti il nostro timore che con questa legge, la cui finalità principale è in definitiva quella di disciplinare il mondo del lavoro, si effettui una robusta sterzata in direzione di una maggiore regolamentazione, proprio in un momento in cui, da più parti, si reclama invece uno snellimento procedurale.

Anche se è evidente che noi non dobbiamo inchinarci supinamente ai voleri dell'economia, occorrerà perlomeno prestare attenzione affinché non vengano emanate delle disposizioni che potrebbero produrre degli effetti perversi o, quanto meno, indesiderati.

Una prima conseguenza potrebbe essere un aumento del numero dei contenziosi portati in tribunale, quindi un aumento delle cause giudiziarie. Anche nuove assunzioni di personale a livello federale e cantonale e nuove sovvenzioni sono più che ipotizzabili. Potrebbero concretizzarsi inoltre numerose pretese finanziarie a carico degli imprenditori, la cui situazione è già oggi tutt'altro che facile.

Da ultimo non si può sottacere, e questa è una circostanza assai importante, che il progetto di legge non sempre va a braccetto con alcuni principi di diritto a cui molti di noi sono attaccati.

Il nostro gruppo si è chinato in modo approfondito su tutti questi problemi nel non facile tentativo di individuare, di trovare delle soluzioni adeguate ed equilibrate. Vogliamo evitare da una parte di cadere nella trappola tesa da chi persegue una posizione di principio ideologica, rigida, impregnata di assolutismo, di integralismo e di schematismi da militante, sovente contraria alla logica economica e al comune buon senso. D'altro canto ci rifiutiamo con la medesima fermezza di cadere nell'estremo opposto, di assecondare quindi in modo cieco i voleri dell'economia, di inchinarci servilmente ai suoi dettami, anche se siamo perfettamente consapevoli della necessità odierna di limitare i rigori eccessivi, le difficoltà amministrative e gli appesantimenti procedurali.

Soluzioni equilibrate, ecco cosa siamo chiamati oggi a trovare. Per riuscirci siamo pronti ad ascoltare in modo aperto le discussioni che si svilupperanno oggi attorno ai punti più controversi del progetto e anche a modificare – se del caso – alcune nostre precedenti prese di posizione.

Per concludere, a nome del gruppo dei Democratici svizzeri/Lega dei Ticinesi vi rinnovo l'invito a entrare in materia.

Mauch Ursula (S, AG): Im Namen der gesamten SP-Fraktion stellen wir Ausschnitte aus der Geschichte der Gleichstellung vor, Stacheln im «Diskriminierungskaktus», die gezogen worden sind. (*Überreicht der Präsidentin einen Kaktus*) Unsere Fraktionserklärung ist vielleicht von der Form her etwas ungewohnt, aber wir werden die Redezeit nicht überschreiten.

14. Juni 1981: Volk und Stände nehmen an diesem denkwürdigen Wochenende Absatz 2 von Verfassungsartikel 4 zur Gleichstellung von Frau und Mann an. Dieser Artikel soll den Frauen endlich die langersehnten gleichen Rechte und den gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit bringen. Heute kämpfen wir mit dem Gleichstellungsgesetz immer noch für das gleiche Ziel: Frauen und Männer sollen mit dem Gleichstellungsgesetz in der Familie, in der Ausbildung und in der Arbeit volle Gleichstellung erfahren.

Brunner Christiane (S, GE): 14 juin 1981: les femmes, en Suisse, sont en liesse. Elles ont gagné. En tout cas, elles croient être en bon chemin vers l'égalité. Le peuple et les cantons ont accepté l'article 4 alinéa 2 de la Constitution fédérale consacrant l'égalité entre hommes et femmes et garantissant le droit à l'égalité des salaires. Ce jour-là, nous avons le coeur en fête et nous, les femmes, nous avons dansé sur la place du Molard, à Genève.

Jeanprêtre Francine (S, VD): 1982: dans le canton de Vaud, les filles sont trop brillantes. Elles passent plus facilement l'examen d'entrée aux études supérieures. Les examens sont estimés selon un barème différent pour les filles et les garçons: plus difficile pour les filles, plus facile pour les garçons. Le Tribunal fédéral est saisi de cette discrimination et il constate, en 1982, que, dans la mesure où les autorités vaudoises appliquent un système de barème différencié, défavorable aux filles, pour les examens d'admission au collège secondaire, elles violent le principe de l'égalité des droits entre hommes et femmes, tel qu'il est inscrit à l'article 4 alinéa 2 de la Constitution fédérale.

Leemann Ursula (S, ZH): 1983: Eine diplomierte Krankenschwester verdient im Kanton Zürich weniger als eine ungelernete männliche Arbeitskraft in Reinigungsberufen. In diesem Jahr bestätigt das Bundesgericht zum erstenmal, dass eine solche Besoldungspraxis dem Gleichstellungsartikel der Bundesverfassung zuwiderläuft und dementsprechend geändert werden muss. Bis die Krankenschwestern zu ihrem Recht und zu ihrer angemessenen Entschädigung kommen, braucht es aber noch den mutigen Einsatz von Betroffenen während vielen Jahren.

Haering Binder Barbara (S, ZH): 1984: Das Universitätsspital des Kantons Zürich sieht sich mit einem ungewöhnlichen und etwas delikaten Problem konfrontiert: Für einmal sind es nicht die Frauen, sondern es ist ein Mann, der seine Gleichstellung reklamiert.

Ein junger Krankenpfleger will in die Hebammenschule aufgenommen werden, um diesen Beruf zu erlernen. Statt sein Interesse an einem Frauenberuf zu honorieren, lehnt die Schule ab. Und doch: Durch seinen Wunsch, einen typischen Frauenberuf zu erlernen, hat dieser Krankenpfleger einen wichtigen Schritt hin zu einem neuen Verständnis von Frauen- und Männerberufen gemacht. Dies allerdings aus einer ganz neuen Optik heraus: aus der Optik der diskriminierten Männer.

Caspar-Hutter Elisabeth (S, SG): 1985: Mit einer Motion verlangt Nationalrätin Yvette Jaggi ein Ausführungsgesetz zum 1981 in der Volksabstimmung angenommenen Verfassungsartikel. Wir Frauen haben erkannt, dass der Verfassungsartikel allein an unserer Situation nichts ändern kann und nichts ändern wird. Die Überweisung der Motion wird mit einer Mehrheit von nur zwei Stimmen abgelehnt; der Vorstoss wird aber wenigstens als Postulat überwiesen. Das EJPD setzt vier Arbeitsgruppen ein, um den Anliegen des Vorstosses Rechnung zu tragen. Daraus erwachsen vier Forschungsberichte, welche die Lohndiskriminierung der Frau in der Schweiz deutlich machen und bereits Vorschläge für ein mögliches Gesetz enthalten.

Fankhauser Angeline (S, BL): 1986: Per Volksabstimmung schafft der Kanton Zürich die obligatorische Haushaltschule für Mädchen zwischen 16 und 20 Jahren ab. Dafür wird der Haushaltunterricht für Knaben und Mädchen auf Primarstufe eingeführt. Unterdessen wachsen diese Knaben zu jungen Familienvätern heran, die ihre Aufgaben im Haushalt und bei der Kinderbetreuung wahrnehmen.

Danuser Menga (S, TG): Vor vier Tagen ist in Winterthur die erste Frau in die Stadtregierung gewählt worden. Herzliche Gratulation, Aurelia Favre!

1987, ebenfalls in Winterthur, begann die erste Automechanikerin, Lehrlinge auszubilden, nachdem sie die Meisterprüfung mit Bravour bestanden hatte. Damit wurde eine typische Männerbastion von einer unerschrockenen, tatkräftigen Frau erfolgreich erstürmt.

Goll Christine (S, ZH): 1988: Eine mutige Arbeiterin in Genf beschliesst, sich gegen die sexuellen Belästigungen durch ihren Chef zur Wehr zu setzen. Sie muss sich dabei auf die wenigen geltenden Bestimmungen im Bereich des Persönlichkeitsschutzes stützen, und sie muss vor allem ihrem Chef die Belästigungen mit Zeugenaussagen vor Gericht beweisen. Dieses

fast aussichtslose Unterfangen gelingt. Der gebüsste Firmenbesitzer setzt den Belästiger sofort an die Luft. Eine Frau hat die Mauer des Schweigens – und damit ein weiteres Tabu in der Benachteiligung von Frauen – gebrochen.

Bäumlin Ursula (S, BE): 1989: In diesem denkwürdigen Jahr wird auf Bundesebene das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann eröffnet. Wieder ist ein Meilenstein erreicht. Nachdem der Kanton Jura bereits bei seiner Gründung 1978 einen entsprechenden Verfassungsartikel gutgeheissen und ein Gleichstellungsbüro geschaffen hatte, tragen ähnliche Diskussionen und Vorstösse auf Bundesebene endlich Früchte. Arbeit gibt es damals wie heute mehr als genug.

Caspar-Hutter Elisabeth (S, SG): 1990: Fünf Jahre ist es her: Endlich ist der Schlussbericht aus den Arbeitsgruppen, die im Zusammenhang mit dem Postulat Jaggi entstanden waren, fertig! Das stösst in der Öffentlichkeit bei Frauenorganisationen, Kantonen, Parteien und Wirtschaftsverbänden auf reges – zugegebenermassen nicht ganz ungeteiltes, aber im gesamten doch positives – Interesse. Daraufhin beschliesst der Bundesrat, einen Vorentwurf zu einem Ausführungsgesetz zum Verfassungsartikel in die Vernehmlassung zu schicken.

Von Felten Margrith (S, BS): 1991: Wir schreiben das zehnte Jahr nach der Annahme des Verfassungsartikels zur Gleichstellung von Frau und Mann. Frauen haben die Nase voll! Ihre mehr als berechtigten Forderungen werden nicht ernst genommen. Mit fadenscheinigen Argumenten werden sie bekämpft oder auf die lange Bank geschoben. An diesem Tag, am 14. Juni 1991, beteiligen sich 500 000 Frauen am Frauenstreik, um deutlich zu zeigen, dass diese Art Politik nicht mehr toleriert wird. Frauenpower überzieht die ganze Schweiz. Unter dem Motto «Wenn Frau will, steht alles still» findet die grösste Demonstration seit dem Bestehen der Eidgenossenschaft statt. Die Energie und Wut der Frauen macht sich in vielfältigen bunten Aktionen und Aktivitäten Luft. Es ist wahrlich der Tag der Frau.

Jeanprêtre Francine (S, VD): 1992: le Conseil fédéral prend connaissance des résultats de la procédure de consultation. Dans leur grande majorité, les associations ont exprimé un avis positif. Tous les cantons se montrent positifs, à l'exception de trois d'entre eux, Appenzell Rhodes-Intérieures, Zoug et Vaud. Pour rédiger son préavis, le Conseil d'Etat a dû vraisemblablement s'inspirer davantage de celui des groupements patronaux que de celui du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes.

Le Conseil fédéral a enfin décidé de donner mandat au Département fédéral de justice et police d'élaborer un projet de loi spéciale sur l'égalité entre femmes et hommes. La gestation laborieuse de ce projet de loi est arrivée à terme.

Hafner Ursula (S, SH): 1993, Frühlingserwachen: Am 3. März versammeln sich zahlreiche Frauen auf dem Bundesplatz. Sie demonstrieren für die Wahl von Christiane Brunner in den Bundesrat. Avec Christiane Brunner, vive le printemps des femmes!

Es ist noch Winter, trotz all der Sonnen. Doch die Frauen geben nicht klein bei. Am 6. März finden in vielen Städten Kundgebungen statt. In Zürich versammeln sich 8000 Personen auf dem Münsterplatz. Bei kantonalen Wahlen an diesem Wochenende gewinnen Frauen Sitze. Der Brunner-Effekt macht sich schon bemerkbar. Er bewirkt in der folgenden Woche, dass Ruth Dreifuss als 100. Mitglied des Bundesrates gewählt wird. Vor der Türe des Bundeshauses stand der Souverän. 10 000 Frauen und Männer demonstrierten für eine Frauenwahl – nicht umsonst. Die Frauen haben ihre Kraft gespürt, sie haben erkannt, dass sie etwas bewegen können.

Brunner Christiane (S, GE): 1994: nous y voilà! Les dernières épines sur le chemin législatif vers l'égalité sont en train de tomber. Les femmes de notre pays vont mesurer aujourd'hui les effets du respect que leur portent les parlementaires, non seulement en paroles, mais aussi en actes.

La loi sur l'égalité, dont nous discutons l'entrée en matière et tout à l'heure le contenu, nous ouvre la porte vers la voie de l'égalité. Les plus grosses épines du cactus de la discrimination, nous les aurons ainsi enlevées, mais il restera encore tous les petits piquants qui tiennent au changement de mentalité, jusqu'à ce que ce cactus fasse éclore la fleur de l'égalité authentique.

Von Felten Margrith (S, BS): 1994: Das Gleichstellungsgesetz liegt endlich vor uns. Die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann soll nicht länger nur ein frommer Wunsch sein. Dieses Gesetz bringt uns einen Schritt weiter. Viele Frauen und Männer wollen die Diskriminierung der Frauen nicht länger akzeptieren; sie werden beobachten, was heute im Parlament geschieht.

Das Diskriminierungsverbot, die Bestimmung über die sexuelle Belästigung, die Verbandsklage und die Beweislasteileichterung sind die wichtigsten Artikel. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche diesen Gesetzesartikeln zustimmen, ziehen damit dem «Diskriminierungskaktus» die giftigsten Stacheln. Bis an ihrer Stelle gelbe Blüten aufgehen, wird es noch mancher Änderung im Bewusstsein der Menschen bedürfen. (*Beifall*)

Spielmann Jean (–, GE): Après ces interventions impressionnantes qui devraient laisser quelques traces auprès de ceux qui refusent encore l'entrée en matière, je voudrais intervenir sur quelques points spécifiques des propositions qui nous sont faites et aussi répondre à quelques-unes des objections formulées contre l'entrée en matière.

Tout d'abord, il est bien clair que, pour réaliser l'égalité, toute une série de volets sont encore à concrétiser et qu'au-delà de l'aspect constitutionnel, ou même de l'aspect des lois et des réglementations que nous pouvons établir, il y a, comme cela a fort bien été exprimé tout à l'heure, tout le problème des mentalités qui restent à changer et que la discrimination dont fait l'objet la femme aux yeux de notre société est largement partagée entre le plan professionnel, la vie sociale de tous les jours ainsi que le domaine politique.

Pourtant, notre pays témoigne, dans le domaine de la culture politique, d'une très grande sensibilité: et pour les spécificités régionales, et pour les représentations des minorités, de même que pour les représentations proportionnelles, que ce soit concernant les langues nationales ou les minorités. On remarque que, dans ces domaines-là, l'idée des quotas, qui fait l'objet de tant d'oppositions, est déjà entrée dans les faits et permet une représentation plus équitable des différentes sensibilités de la population.

Pourquoi ne pas faire un pas de plus et garantir une représentation plus équitable des femmes? Il faut pour cela un instrument politique qui puisse conduire aux changements. D'ailleurs, une comparaison avec l'étranger démontre que c'est précisément dans les pays qui ont introduit de telles mesures et des mesures efficaces, par exemple dans les pays scandinaves, que l'on a la plus forte proportion de femmes dans les différents états de la vie politique et aux postes à responsabilités. Les instruments existent donc, et il est de notre devoir de les utiliser.

En effet, contrairement à ce qui a été dit tout à l'heure par les partisans de la non-entrée en matière, qui parlaient de l'honneur et du respect de la constitution, ceux qui aujourd'hui, au sein de ce Parlement, ont l'honneur de respecter notre constitution, sont ceux qui permettront de s'engager dans la voie de la mise en pratique de la constitution par l'application de lois qui permettront de franchir un pas, certes pas définitif, mais important en direction de l'égalité. Je trouve pour le moins particulier que ce soit une juriste qui vienne parler à cette tribune au nom de l'honneur constitutionnel en proposant la non-entrée en matière, alors que ces textes ne sont qu'une timide application de ce que la population attend depuis plus de vingt ans: la mise en vigueur de l'arrêté sur le droit de vote adopté par le peuple en 1971, de l'article constitutionnel sur l'égalité de traitement adopté en 1981, et du nouveau droit matrimonial entré en vigueur en 1988.

Les propositions qui sont faites sont un pas positif, mais elles ne répondront pas à toutes les questions. Aujourd'hui encore, dans le domaine social, les femmes reçoivent moins de prestations, et, concernant l'AVS, souvent même la moitié moins que les hommes, pour les mêmes cotisations. Aujourd'hui encore, il y a de nombreuses discriminations dans plusieurs cantons en ce qui concerne les assurances-maladie où les femmes paient plus que les hommes. Aujourd'hui encore, il y a de nombreuses discriminations – cela a été évoqué tout à l'heure – au niveau des conditions salariales et des conditions de promotion des entreprises.

Il est donc tout à fait indispensable, je dirais même que c'est le minimum des minimums d'adopter cette loi qui place quatre principes importants: celui de l'interdiction de la discrimination, celui de l'allègement du fardeau de la preuve, celui de donner aux organisations le droit pour agir et celui enfin d'une protection des femmes contre les congés de rétorsion. Il ne s'agit là rien de moins que du minimum des minimums, d'un petit pas en direction de l'égalité. Tous ceux qui veulent respecter les décisions du peuple suisse et la constitution entreront en matière et accepteront les propositions les plus positives permettant enfin de concrétiser quelque peu dans la loi les normes constitutionnelles adoptées par le peuple.

Nabholz Lili (R, ZH): Es gibt wohl kaum einen Bereich, in dem so viele Lippenbekenntnisse abgegeben werden wie in Fragen der Gleichberechtigung. Wer kennt sie nicht, die epischen Diskussionen, in denen zwar grundsätzlich alle dafür sind – aber wenn es dann konkret wird, dann doch lieber nicht oder nicht so. Kein Wunder, dass Worte und Taten in diesem Bereich weit auseinanderklaffen. Es gibt darum kaum einen politischen Bereich, wo Position um Position, ja Schrittchen für Schrittchen so hart abgerungen werden müssen, wie wenn es um Frauenanliegen geht.

Herr Scherrer Jürg, es ist immer der falsche Moment, wenn Frauen mit Anliegen kommen. In der Hochkonjunktur sagt man uns: Ja, was wollt ihr, die Türen stehen weit offen, wir suchen ja Frauen. Wenn es der Wirtschaft schlecht geht, dann ist der Zeitpunkt auch nicht der richtige.

Dabei sprechen wir – wie es Herr Poncet ausgeführt hat – doch von etwas Selbstverständlichem: von Recht und Gerechtigkeit und den Mitteln, ihnen zum Durchbruch zu verhelfen. Ich verstehe darum die Aufregung, die rund um dieses Gesetz entstanden ist, nicht. Es orientiert sich ja an etwas Selbstverständlichem, und wer sich korrekt, d. h. nicht diskriminierend, verhält, hat überhaupt nichts zu befürchten.

Diese Vorlage ist verglichen mit dem, was in Sachen Chancengleichheit für Frauen noch zu tun wäre, nur ein Mosaiksteinchen, und ich hoffe, dass dieses Steinchen nicht auch schon zuviel ist.

Doch blenden wir kurz zurück: «Es gehört zu den vornehmsten Pflichten und Aufgaben des Rechtsstaates, Diskriminierungen jeder Art abzubauen und wirksame Vorkehrungen zum Schutz der Menschenwürde und Persönlichkeitsentfaltung der auf seinem Gebiet lebenden Menschen zu treffen.» Diese hehren Worte finden sich in der Einleitung zur Botschaft über die Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

Der nunmehr bald 13 Jahre in der Verfassung verankerte Gleichbehandlungsanspruch der Geschlechter war und ist dementsprechend nicht einfach als wohlklingende Deklamation oder unverbindliche Absichtserklärung gedacht. Die Gleichstellung der Geschlechter ist auch nicht nur ein verfassungsmässiger Selbstzweck, sondern ein Imperativ, der auf die Schaffung gleicher Entfaltungsmöglichkeiten und Chancen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausgerichtet ist. Dies sei all jenen in Erinnerung gerufen, die meinen, mit Artikel 4 Absatz 2 BV sei Gleichberechtigung bereits erreicht oder es sei ihr zumindest Genüge getan. Dass dem nicht so ist, belegen nicht nur Bibliotheken von Studien über dieses Thema, wir kennen als Frauen die Situation aus unserer Alltagserfahrung. Herr Bundesrat Koller hat seinerzeit als Parlamentarier, als der Verfassungsartikel im Nationalrat beraten wurde, eine eher skeptische Haltung vertreten. Er hat aber sein damaliges Votum mit dem Satz beendet: «Auch Gerechtigkeit realisiert sich nur in der Zeit.» Ich möchte Herrn Bundesrat Koller daher dan-

ken, dass er nun als Bundesrat die Zeit als gekommen erachtet hat, dieser Gerechtigkeit mit der vorliegenden Vorlage nachzuhelfen; denn Handlungsbedarf besteht. Ich möchte nicht wiederholen, was hier bereits alles ausgeführt worden ist.

Wir erbringen mit diesem Gesetz keine Pionierleistung, sondern wir vollziehen einen gesetzlichen Standard nach, der im Bereich der europäischen Staaten, der EU, der Efta wie der OECD, teils seit Jahren besteht. Ich mag mich nicht erinnern, dass irgendein Wirtschaftssystem eines dieser Länder zusammengebrochen ist, nur weil die Gleichstellung in deren Gesetzgebung verankert ist.

Die ausländischen Erfahrungen zeigen zudem, dass Verbote und Schutzmassnahmen gegen Diskriminierungen allein nicht genügen, um für Frauen mehr Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Diese Gesetze sehen deshalb zusätzlich aktive Fördermassnahmen vor, um die bestehenden Defizite zu verringern. Wir müssen uns alle eingestehen, dass sich die Gleichstellung der Geschlechter mit Rechtsnormen allein nicht erreichen lässt. Das vorliegende Gleichstellungsgesetz ist aus dieser Sicht denn auch nur eine bescheidene Krücke – eine Krücke, die es aber offensichtlich braucht, um die bestehenden Grundrechtsansprüche notfalls auf dem Rechtsweg durchzusetzen.

Die FDP-Fraktion wird in ihrer Mehrheit für Eintreten und gegen die Rückweisungsanträge stimmen.

Lepori Bonetti Mimi (C, TI): Un'attesa meno lunga di quella per la legge sulla maternità, ad oggi però solo promessa, ma pur sempre un'attesa di 13 anni. Forse dobbiamo dire grazie all'anno internazionale della famiglia e al desiderio di recuperare terreno di fronte alle inadempienze nell'applicazione dell'articolo 4 della costituzione. Grazie, perché è arrivata finalmente la legge sull'uguaglianza di fatto tra donna e uomo. Ma ahimè: un progetto di legge che aveva del buono è stato tartassato all'interno della Commissione degli affari giuridici.

Con gli emendamenti approvati l'asticella si è abbassata. Le proposte elaborate dalla maggioranza della commissione sono il frutto di lavori di equilibrio notevoli. Ma come spesso accade, l'equilibrio arrischia di annacquare tutto. La stampa infatti, all'indomani della presentazione dei lavori commissionari, è stata unanime nel giudicare negativo l'indebolimento avvenuto in seno alla commissione.

Condivido questo giudizio ed è subito chiaro che sosterrò, soprattutto in quegli articoli che rappresentano il pomo della discordia, il progetto di legge elaborato dal Consiglio federale.

Ma come è possibile avere ancora dei dubbi e indebolire un progetto legislativo che permetterà finalmente alla Svizzera di far parte di quei Paesi che da anni si sono dotati di una legge sulla parità fra i sessi? Come è possibile non capire che questa legge è necessaria proprio perché alla nostra civile convivenza manca ancora qualcosa? Se i rapporti tra le persone fossero concepiti sulla base del rispetto reciproco, sulla giusta ripartizione salariale, sulla parità di trattamento, allora anch'io mi schiererei con coloro che sono per la non-entrata in materia, perché questa legge sarebbe superflua.

La legge diventa invece necessaria perché rappresenta un tassello legislativo di civiltà importante per permettere una migliore convivenza tra l'uomo e la donna, quindi una migliore qualità della vita. Diventa quindi indispensabile accelerare i tempi e permettere che anche negli ambiti toccati dalla legge, questa qualità di vita venga promossa e garantita.

La costituzione dell'Ufficio per l'uguaglianza fra donna e uomo, avvenuta cinque anni fa, lo stanziamento di 6 milioni di franchi, voluto dal Consiglio federale nel 1991 per un programma di ricerca del fondo nazionale «Femme, droit et société», lo stesso progetto di legge elaborato dal Consiglio federale, sono la testimonianza che il Consiglio federale desidera dare un giro di boa, cambiare, accettare le modifiche che stanno avvenendo nella nostra società – una presa di coscienza tardiva, che potrebbe subire un arresto se il progetto di legge venisse annacquato e intaccato nella sua impalcatura.

Infatti questa legge, così come è proposta dal Consiglio federale, ha una sua logica, una sua impalcatura che tiene; il progetto contiene tre gruppi di proposte.

Un primo gruppo comprende provvedimenti destinati ad agevolare l'attuazione del diritto di un salario uguale per un lavoro di pari valore, un diritto che è iscritto nella costituzione dal 1981, ma ancora oggi non applicato, soprattutto nel settore dell'economia privata.

Un secondo gruppo di proposte intende rafforzare la posizione della donna sul mercato del lavoro e prevede in particolare un divieto generale di discriminazione in funzione del sesso. Ma ci rendiamo conto che la convivenza tra uomo e donna è a tal punto poco rispettosa – sottolineo poco rispettosa – della dignità della persona che si deve arrivare a codificare in una legge, questo atteggiamento, tra l'altro molto diffuso, sicuramente più di quanto le statistiche hanno indicato e stanno indicando.

Un terzo gruppo di proposte intende offrire basi e strutture migliori per una politica d'uguaglianza mediante la creazione di autorità incaricate a promuovere la parità. Se l'uguaglianza di fatto non è ancora diventata una norma scritta della nostra convivenza, è ora che bisogna promuoverla attraverso diversi meccanismi che forse potranno incidere sul comportamento delle persone.

In questo senso diventa importante poter aiutare finanziariamente le istituzioni pubbliche e private che organizzano programmi di promozione culturale, così com'è giusto, dopo anni di attività, dotare l'Ufficio per l'uguaglianza fra donna e uomo di una base legislativa, mantenendo però le sue caratteristiche pedagogiche didattiche e non dotandolo di funzioni «indagatrici» in caso di discriminazione.

Concludendo, permettetemi di esprimere un desiderio: quello che da questa sala la parità, l'uguaglianza tra donna e uomo possa uscire accresciuta, rafforzata.

Per, queste lunghe ore di dibattito producono in me un po' di amarezza e un po' di tristezza, perché non fa onore alla nostra società, alla nostra civile convivenza dover codificare degli atteggiamenti e dei diritti che dovrebbero far parte normalmente del nostro modo di rapportarci e del nostro bagaglio culturale, perché in fondo questo dibattito – lo si voglia o no –, prima di essere giuridico è culturale. *(Applauso)*

Vetterli Werner (V, ZH): Ich fasse mich kurz und plädiere ebenfalls für Eintreten, hoffe aber, dass unsere Beschlüsse so ausfallen, dass ich in der Gesamtabstimmung dem Gleichstellungsgesetz immer noch zustimmen kann. Hier meine grundsätzlichen Überlegungen.

Auch wenn im StGB und im OR vieles bereits geregelt ist, so anerkenne ich, dass vor allem in der Lohnfrage Nachholbedarf besteht: Seit 13 Jahren sollten Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Wir müssen also ein Gesetz kreieren, das in der Praxis in erster Linie die positive Gleichstellung der Frauen fördert, ihnen bei gleicher Ausbildung, Qualität, Berufserfahrung, ebenbürtiger Teamfähigkeit und vor allem auch bei gleicher Leistung verdienntermassen den gleichen Lohn wie den männlichen Kollegen garantiert.

Aber wir dürfen nicht über das Ziel hinausschiessen. Wir müssen ein praktikables, ein annehmbares Gesetz zustande bringen, ein Gesetz, das in der Praxis auch vollzogen werden kann. Wird das Gesetz aber lebensfremd, abstrakt, extrem, zu feministisch, wird es keine Akzeptanz finden, wird es zum Bumerang.

Dieses Gleichstellungsgesetz darf zum Beispiel nicht sämtliche unternehmerischen Freiheiten und das bewährte Prinzip der Vertragsfreiheit aufheben. Es muss – ob man das gern hat oder nicht – eine Kompromisslösung geben, ein Konsens gefunden werden: ein mehrheitsfähiges Gleichstellungsgesetz, das auch in gewerblichen Klein- und Mittelbetrieben, wo es keine Hausjuristen gibt, angewendet werden kann.

Wir alle hier in diesem Rat werden seit einiger Zeit per vervielfältigte Briefe aufgefordert, dieses Gesetz ja nicht zu verwässern, ihm keine Zähne zu ziehen. Gewisse Frauenorganisationen fordern also ein radikales Gesetz. Das ist der kritische Punkt dieser Vorlage: Soll, will, darf man eine radikale Strategie verfolgen, soll man wirklich auf Extremkurs gehen? Ist es richtig, Maximalforderungen zu stellen?

Ich meine, nein. Wir dürfen das Fuder nicht überladen, den Bogen nicht überspannen. Wir sollten realistisch bleiben, ein

politisch machbares Gesetz beschliessen, das im National- und im Ständerat akzeptiert wird, das auch eine eventuelle Volksabstimmung übersteht.

Eine Konsenslösung ist doch besser als ein Scherbenhaufen, der berühmte Spatz in der Hand besser als die noch so schöne Taube auf dem Dach. In den einzelnen Artikeln sollten wir demzufolge nicht das Maximum, sondern das Optimum, das Bestmögliche, anstreben. Ich verstehe, dass Frauen 13 Jahre nach der Einführung des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung ungeduldig sind. Trotzdem können wir mit diesem einen Gesetz nicht alle Gleichstellungsdefizite beheben. Auch dieses Gesetz hat Grenzen, es ist kein Wunder- und kein Allerheilmittel, aber es wird bestimmt präventive Wirkung haben.

Zum Schluss: Auch mit diesem Gesetz kann man keine Mentalitäten ändern, nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen, aber es kann trotzdem ein wichtiger Beitrag zur Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann sein.

Ich bitte Sie, Eintreten zu beschliessen, und hoffe, dass wir in der Detailberatung eine praktikable, annehmbare Lösung erarbeiten.

Bischof Hardi (D, ZH): Das hier vorliegende Gesetz soll die Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverfassung verwirklichen. Wesentliche Punkte sind für mich vor allem die sexuelle Belästigung und gewisse Diskriminierungen gegenüber Frauen. Es geht mir aber nicht unbedingt um die Frage der Ethik oder der Moral, sondern eindeutig um die Frage des Anstandes gegenüber unserem «schwachen Geschlecht». *(Unruhe und Beifall)*

Nicht umsonst hat sich der Name «das schwache Geschlecht» Jahrtausende durch unsere Geschichte gezogen. Ich bin aber heute soweit, dass ich der Geschichte nicht mehr alles glaube. Demzufolge sei ein Anfang gemacht, damit wir aus unserem schwachen Geschlecht ein starkes, souveränes Geschlecht aufbauen und es auch fördern können.

Meine Damen und Herren, seien Sie aber versichert, dass ich heute Abend zu Hause nicht zuerst die Fenster reinige, den Abwasch erledige und nachher womöglich noch das Kind selbst stille – sicher nicht! Was mich und eine Minderheit unserer Fraktion aber bewog, die Frauen so zu respektieren und ihnen Solidarität zuzubilligen, wie es längst ein Zeichen unserer Zeit sein sollte, sind, wie eingangs erwähnt, die teilweise Ausbeutung und, was noch viel schlimmer ist, die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz.

Glauben Sie mir, es herrschen heute noch solche Zustände in der Schweiz! Ich habe diese Zustände persönlich erlebt und erlebe sie tagtäglich noch. Die Zeiten von Anna Göldin sollten endlich vorbei sein! Damit wir aber Ihre Rechte verankern können, meine Damen, braucht es auch von Ihnen einen gewissen Respekt uns Männern gegenüber, *(Teilweise Heiterkeit)* nicht mehr und nicht weniger als den, den wir auch Ihnen zollen! Nicht alle Männer sind schlecht, es braucht immer zwei Seiten. Ihre Emanzipation hier im Parlament wird manchmal durch etliche Tiefschläge uns Männern gegenüber schlecht proklamiert.

Ich bitte Sie, die es Sie betrifft: Arbeiten Sie positiv und fair an der ganzen Sache, und die Zeit wird Ihnen recht geben! Ich bin mir im klaren, dass es nun etliche Leute hier im Parlament gibt, die denken: Was ist denn das für ein «Linker»? Wenn sie aber im nachhinein noch merken, dass es wenigstens ein «Netter» ist, dann ist ihnen doch ganz klar, dass sich mit diesem Argument so manche Schlacht schlagen lässt.

Ich habe mich heute entschieden, mein Mandat, das ich als Gemeinderat der Stadt Zürich letzten Sonntag bekommen habe, einer Frau zu überlassen, und habe dementsprechende Schritte bereits eingeleitet.

Leuba Jean-François (L, VD): M^{me} Sandoz vous ayant expliqué pour quoi, à ses yeux, il ne fallait pas entrer en matière, tandis que M. Poncet, certainement sans souci corporatif, vous disait pourquoi la majorité du groupe libéral entrerait en matière, il me reste évidemment la tâche amusante de nouer la gerbe, et ce, dans les trois minutes qui me sont imparties.

Dans un débat rendu aussi passionnel, alors qu'il aurait dû rester technique, il n'est pas interdit de réfléchir avant de légiférer et d'essayer de s'en tenir à quelques principes fondamentaux. Les libéraux sont unanimes à affirmer que les discriminations fondées exclusivement sur le sexe sont injustifiées et inadmissibles. Pour nous, les hommes et les femmes doivent avoir les mêmes chances de développer leurs potentialités. Nous jugeons les hommes et les femmes en fonction de ce qu'ils font, non en fonction de ce qu'ils sont et de leur sexe. Nous ajoutons que, par essence, nous ne croyons que modérément à la loi pour modifier profondément les choses dans ce domaine. Nous récusons la théorie marxiste – car c'en est une – de la division de la société en classes. Il n'y a pas, d'un côté, des femmes et, de l'autre, des hommes, qui devraient s'affronter inévitablement. Ce que nous souhaitons, c'est que chaque femme, chaque homme, pris individuellement, soit dans un rapport d'égalité. C'est l'individu qui nous intéresse, et non le sexe considéré comme signe d'appartenance à un groupe.

Au moment de l'adoption de l'article 74 alinéa 1er de la Constitution fédérale, que nous avons soutenu massivement – je rappelle que les cantons où les libéraux sont représentés ont été les premiers à accorder le droit de vote aux femmes –, nous avons mis en garde contre l'illusion que la loi serait en mesure de régler tous les problèmes qui tiennent essentiellement aux moeurs, lesquelles n'évoluent que lentement. Il en va de même pour la présente loi. Utile, lorsqu'elle lutte contre les discriminations dans la vie professionnelle, elle ne résoudra pas les problèmes qui ont leur origine dans l'éducation, dans la formation, ainsi que le relève à juste titre le rapport «vers l'égalité», page 76, que je cite – je suis désolé, c'est un langage de sociologues, je n'y peux rien –: «Une lecture transversale des différents domaines abordés fait apparaître la visible solidarité de tous les secteurs: école, activité rémunérée ou non rémunérée, enfin, vie politique et associative.»

Les inégalités fondées sur le sexe ne disparaîtront qu'au terme d'un processus de transformation des mentalités, notamment dans le domaine de la formation. Des progrès considérables ont d'ailleurs déjà été réalisés durant la dernière décennie. Au moment où chacun parle de déréglementation, il serait paradoxal de surréglementer le domaine de l'égalité dans la vie économique. Nous sommes convaincus, et l'évolution des sociétés le démontre, que les femmes qui sont souvent plus faibles dans le domaine économique ont tout à gagner d'une économie saine et compétitive.

Au surplus, les libéraux sont, par nature, attachés à la liberté. Cette liberté ne peut s'exercer que si l'on supprime les obstacles qui empêchent la réalisation des potentialités de chacun, quel que soit son sexe. En revanche, les libéraux craignent qu'on ne remplace les obstacles par une obligation d'uniformisation, contraignant les femmes à imiter les hommes dans un monde fait par les hommes essentiellement, dans une conception masculine.

L'idéal serait, à nos yeux, que femmes et hommes puissent se réaliser selon leurs désirs et leurs capacités. C'est pourquoi la majorité du groupe libéral votera l'entrée en matière, mais soutiendra les propositions d'amendements de manière que cette loi corresponde, le plus possible, à nos conceptions.

Wittenwiler Milli (R, SG): Wir bringen die Sonne nach Bern! Ein gewöhnliches Couvert, in dem auf einem gelben Blatt diese Aussage stand, war letzte Woche, als ich von der Session nach Hause kam, in meiner Post.

Als Bäuerin weiss ich von Kindsbeinen an, dass dort, wo die Sonne scheint, es naturgemäss auch Schatten gibt. Aber die Sonne scheint, Gott sei Dank, Tag für Tag, ob sie sichtbar ist oder nicht. Für diejenigen scheint sie auch, die nicht «vors Bundeshaus kommen und Einlass begehren, um den Nationalrätinnen und Nationalräten auf die Finger zu schauen».

Von Journalisten als grosse Schweizerin qualifiziert – diese haben allerdings mit mir nie gesprochen –, erachte ich es als meine Aufgabe und meine Pflicht, zuzuhören, zuhören zu können, nicht nur hier im Saal, sondern vor allem in meiner alltäglichen Umgebung. Deshalb will ich jetzt versuchen, für eine schweigende Mehrheit der Frauen zu sprechen: für jene

Frauen, die ganz bewusst zu ihrer Rolle als Ehefrau und zu ihrer Mutterrolle stehen. Ich spreche also für viele Frauen, die einfach ihre Pflicht und ihre Aufgaben erfüllen, die heute nicht nach Bern kommen konnten und dabei weder frustriert, diskriminiert noch unglücklich sind.

Dieses neue Gesetz bezweckt die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann. Was heisst denn «tatsächliche Gleichstellung»? Nach meiner Meinung ist dies ein Ding der Unmöglichkeit. Tatsache ist, dass wir, ohne je gefragt zu werden, als Mädchen oder Knaben geboren werden. Tatsache ist ferner, dass bis heute die Frauen Kinder gebären dürfen, wenn sie wollen oder können. Kann dies als tatsächliche Gleichstellung bezeichnet werden? Daraus ergibt es sich, dass sowohl Frauen wie auch Männer untereinander nie absolut gleich behandelt werden können. Wenn wir also bei jedem Artikel, den wir zu beraten haben, nicht in erster Linie die Frau oder den Mann, sondern ganz bewusst den Menschen sehen, glaube ich tatsächlich, dass wir am Schluss ein Gesetz verabschieden können, das konsensfähigen Lösungen beim Diskriminierungsverbot, dem Problem der sexuellen Belästigung und der Beweislastfrage Rechnung trägt.

Es ist aber viel, viel schwieriger, als Mensch zu einem Gesetz zu stehen, als als Frau oder als Mann das andere Geschlecht für die Unzulänglichkeiten verantwortlich zu machen.

In diesem Sinne bin ich für Eintreten.

Reimann Maximilian (V, AG): Wer erwartet hätte, nun käme auch von mir noch ein Votum für Nichteintreten, den muss ich enttäuschen. Ich bin selbstverständlich für Eintreten auf die Vorlage, aber nicht etwa deswegen, weil wieder einmal eine perfekt inszenierte profeministische Medienkampagne durch unser Land gefegt ist und einige Mitglieder unseres Rates bereits im voraus zu frauenfeindlichen Bösewichten abgestempelt worden sind. Nein, ich bin für ein Gleichstellungsgesetz, weil Handlungsbedarf besteht, um die Chancen unserer Frauen im Berufsleben zu verbessern. Ich stufe diesen Handlungsbedarf auch höher ein als die juristischen Bedenken von Frau Kollegin Sandoz.

Ich sage aber klipp und klar: Mit der Vorlage des Bundesrates erreichen wir dieses Ziel nicht. Diese Vorlage ist nicht mehrheitsfähig, sie ist kontraproduktiv für unsere Frauen, wie schon mehrmals betont wurde, und sie hätte keine Chance, die Hürde einer allfälligen Referendumsabstimmung erfolgreich zu nehmen. Die Vorlage des Bundesrates war zu sehr geprägt von einer Ideologie, der sich sehr breite Kreise unserer Bevölkerung nicht anschliessen können, nicht anschliessen wollen. Diese Vorlage war zu stark beeinflusst von einem Zeitgeist, der nicht Gleichstellung, sondern Gleichmacherei anstrebt – und dies quasi mit dem Brecheisen.

Ich bin sehr froh, dass sich viele vernünftige, kompetente Frauen im Lande draussen offen von der geistigen Bevormundung durch lautstarke Frauengruppen distanzieren haben. Ich zitiere aus einem Schreiben, das uns Frauen aus meinem Kanton, dem Kanton Aargau, zugestellt haben. «Mit grösstem Befremden nehmen wir davon Kenntnis, dass sich in unserem Land Frauenkreise anmassen, im Namen aller Frauen an Sie zu gelangen. Wir distanzieren uns mit aller Entschiedenheit von Organisationen, die einen neuen Klassenkampf der Geschlechter wollen, der schlussendlich zur Störung oder gar Zerstörung unserer Gesellschaft führt.»

Ich bin froh, dass dank Fernsehübertragung solche und ähnliche Worte einer nicht organisierten, schweigenden Mehrheit von Frauen der Öffentlichkeit ebenfalls zugänglich werden.

Ich wundere mich, Herr Bundesrat, was von Instanzen des Bundes – Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, Bundesamt für Statistik – in jüngster Zeit im Zeichen der Gleichstellung alles erforscht, analysiert und publiziert wird oder worden ist, teilweise unter Verschwendung von Steuergeldern.

Was sollen Statistiken, die uns weismachen, dass die Schweizer Frau im Schnitt dreimal länger im Haushalt tätig ist als der Mann, dass dieser jedoch doppelt soviel Wochenarbeitszeit verrichtet als die Frau? Wie irreführend sind doch Zahlenvergleiche, die Frauen vorrechnen, sie würden auf unseren Arbeitsplätzen jährlich um 20 Milliarden Franken und mehr geprellt und diskriminiert. Das ist doch deplazierte Demagogie.

Eine absolute Gleichheit für jeden Beruf, jede Erwerbstätigkeit ist doch ein Ding der Unmöglichkeit. Oder wollen wir denn gegen die Natur ankämpfen?

Hingegen trete ich ein für die wichtigste Gleichheit im Erwerbsleben, die Lohngleichheit. Aber vorausgesetzt natürlich, dass wirklich von gleichwertiger Arbeit, Erfahrung und Können ausgegangen wird.

Damit wir diese und andere Themen beraten und verbessern können, gilt es, auf die Vorlage einzutreten. Tun Sie das und helfen Sie mit, in der Detailberatung einer mehrheitsfähigen Gesamtlösung den Weg zu ebnen.

Darbellay Vital (C, VS): Je pense que le projet de loi fédérale sur l'égalité entre femmes et hommes vient à son heure. L'article constitutionnel, en 1981, a permis de faire un bon pas dans cette direction, mais un bon nombre de problèmes ne sont pas résolus et la loi tend à les résoudre.

Personnellement, je ne m'attacherai ce matin qu'au problème des salaires. Vous me direz peut-être que c'est très terre à terre, mais ce problème a son importance et, souvent, l'égalité passe aussi par là. Vous remarquez que, même si la troisième phrase à l'alinéa 2 de l'article 4 de la constitution dit: «Les hommes et les femmes ont droit à un salaire égal pour un travail de valeur égale», on est aujourd'hui loin du compte.

Les deux propositions précises du projet qui nous est présenté, d'une part, le renversement du fardeau de la preuve, d'autre part, l'intervention possible des organisations, me paraissent deux mesures tout à fait opportunes, mais il ne faut pas se bercer d'illusions, tout ne sera pas réglé par ces moyens-là.

Je pense qu'à la différence de salaires il y a une raison plus fondamentale: c'est qu'à partir des années trente on admet que le salaire, outre qu'il sert à payer un travail, doit permettre également à celui qui le reçoit de faire vivre sa famille lorsqu'il en est responsable. C'est ce qu'on appelle la composante sociale du salaire. Cette composante a été concrétisée très partiellement par les allocations familiales, mais celles-ci ne représentent en réalité que peu de chose. L'essentiel de cette composante sociale, on l'a reporté sur le salaire de l'homme. C'est la raison fondamentale pour laquelle les hommes gagnent plus que les femmes, mais nous arrivons à une situation paradoxale: c'est que le salaire du jeune homme de 20 ans, qui commence à gagner sa vie, a déjà cette composante sociale; celui de la personne qui s'approche de la retraite ou qui a 65 ans dispose encore de cette composante sociale; et, à côté, celui de la mère de famille responsable de plusieurs enfants, qui a 30 ou 35 ans, n'a pas cette composante sociale.

Nous devons passer par une redistribution, en quelque sorte, des salaires. Je ne suis pas placé pour dire que l'économie pourrait faire plus, mais je dis qu'avec les mêmes moyens elle pourrait faire autrement. Dans l'évolution des salaires, il serait absolument nécessaire de porter vraiment l'accent sur la composante sociale.

Spoerry Vreni (R, ZH): Diskriminierungen aufgrund des Geschlechtes sind nicht akzeptabel. Unsere Gesetzgebung wurde in der jüngeren Vergangenheit diesem Grundsatz in verschiedenen Schritten angepasst: politische Rechte, Bürgerrecht, Eherecht, Bundesverfassung, Gleichstellungsbüros auf eidgenössischer und kantonaler Ebene. Es bleibt das Sozialversicherungsrecht, in dem die Gleichstellung auf Gesetzesstufe noch nicht verwirklicht ist. Ich hoffe, dass auch diese überfällige Korrektur nicht mehr allzulange auf sich warten lässt. Trotz all dieser Fortschritte ist die Umsetzung der verfassungsmässigen Gleichberechtigung im Erwerbsleben bis jetzt eher harzig erfolgt.

Wir unterstützen daher die Bereitstellung von zusätzlichen Instrumenten zur Durchsetzung der Gleichstellung in diesem Bereich und lehnen die Rückweisungsanträge ab. Dabei wissen wir Freisinnigen sehr genau, dass uns nahestehende Kreise, auch Frauen, Bedenken gegen den vom Bundesrat vorgelegten Entwurf anmelden. Sie befürchten einerseits administrative Schwierigkeiten bei der Umsetzung, andererseits Friktionen mit anderen Rechtsgütern.

Die Detailberatung muss auf diese Fragen konkrete und angemessene Antworten geben. Zu betonen ist aber nicht zuletzt, dass eine rechtlich bessere Abstützung der legitimen Ansprüche zur Verwirklichung der Gleichberechtigung den notwendigen Bewusstseinsprozess bei dieser Entwicklung beschleunigt und vertieft; das ist wichtig. Auch die schönsten Gesetze werden nichts nützen und können ihre Wirkung nicht voll entfalten, wenn das Bewusstsein für die Probleme nicht da ist.

Nun möchte ich noch zu einem anderen Punkt etwas sagen, der, so glaube ich, bis jetzt nicht erwähnt wurde: Zusammen mit dem Gleichstellungsgesetz soll auch das Verwaltungsorganisationsgesetz geändert werden. Gemäss Botschaft Seite 69 heisst es: «Der Gesetzesentwurf hebt die hierarchische Stellung des Büros» – gemeint ist das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann – «auf die Stufe eines Bundesamtes oder Dienstes ...»

Diese Gesetzänderung war nicht Gegenstand des Vernehmlassungsverfahrens. Für die FDP-Fraktion sind daher die Notwendigkeit und die Auswirkung dieser Gesetzänderung zuwenig klar. Wie wirkt sich diese Änderung auf die Ämterklassifikation aus? Welche Wachstumstendenzen liegen in dieser hierarchischen Neuansiedlung?

Die FDP-Fraktion muss dem Bundesrat ganz klar sagen, dass wir im heutigen Zeitpunkt einer Aufblähung der Kosten nicht zustimmen könnten. Wir schreiben ein 8-Milliarden-Defizit, wir müssen einschneidende Sparmassnahmen bei den bestehenden Ausgaben durchziehen, und wir sind gezwungen, die Verwaltung zu durchforsten und, wo immer möglich, zu strafen. In Anbetracht dieser gravierenden Situation ist eine Ausweitung der Verwaltungstätigkeit auch im Gleichstellungsbüro ohne zwingende Notwendigkeit nicht zu vertreten. Das Gleichstellungsgesetz stellt den Frauen neue Instrumente zur Verwirklichung der Gleichberechtigung zur Verfügung, die Wirkung entfalten werden. Hier werden die entscheidenden Weichen gestellt. Die hierarchische Einordnung des Gleichstellungsbüros dagegen erscheint zweitrangig. Wir danken dem Bundesrat zum voraus für die entsprechenden Erklärungen.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Früh Hans-Rudolf (R, AR): Ich wollte mich eigentlich an Frau Grendelmeier wenden. Sie hat zweimal den Schweizerischen Gewerbeverband als Abblocker und als Neinsager erwähnt. Als Präsident dieses Verbandes stelle ich fest, dass ich mich gar nicht zu Wort gemeldet habe und deshalb der Gewerbeverband unerklärlicherweise erwähnt wurde.

Aber dass sich endlich andere Parlamentarier für die kleinen und mittleren Unternehmungen in der Schweiz einsetzen, ihre Wichtigkeit erkannt haben, erfüllt mich mit Freude. In den Sonntagsreden der Politiker werden sie genügend als die Stützen der schweizerischen Wirtschaft bezeichnet. Insofern ist bei der Gesetzgebung und auch jetzt daran zu denken, dass eine gewisse Rücksicht auf diese Unternehmungen einer dringenden Notwendigkeit entspricht. Ich hatte mich in Verbänden für Lohngleichheit zwischen Mann und Frau eingesetzt. Ich habe mich nicht nur eingesetzt, ich habe sie auch durchgesetzt. Im Wissen, dass der Erfolg der kleinen und mittleren Unternehmungen nur durch die Arbeit der mitwirkenden und mitdenkenden Ehefrauen sichergestellt wird, werde ich selbstverständlich den beiden Kolleginnen Frau Sandoz und Frau Aubry zustimmen. Die in den Betrieben mitarbeitenden Ehefrauen sind ja im Parlament nicht vertreten. Ihre Stimme wird nicht gehört, und das ist eigentlich zu bedauern.

Persönliche Erklärung – Déclaration personnelle

Caspar-Hutter Elisabeth (S, SG): Ich möchte zu einer Äusserung von Herrn Maximilian Reimann etwas sagen. Er hat von der Geldverschleuderung gesprochen, die das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann offensichtlich tätige. Dabei hat er aber von der neuesten Untersuchung des Bundesamtes für Statistik gesprochen.

Herr Reimann, dieser Bericht des Bundesamtes für Statistik beruht auf einem Auftrag dieses Rates im Zusammenhang mit dem neuen Bundesstatistikgesetz, wo wir einen Zweckartikel

formuliert haben, den ich persönlich eingebracht habe und der durch beide Räte gutgeheissen wurde.

Dabei haben beide Räte bewusst angenommen und bestimmt, dass uns das Bundesamt für Statistik nicht nur Grundlagen über die Anzahl der Rindviecher, über die Landwirtschaft, den Tourismus und die Wirtschaft in diesem Land liefert, sondern auch über den Stand der Verwirklichung des Verfassungsauftrages, wonach Mann und Frau gleichberechtigt seien, und darüber, welche Auswirkungen die Massnahmen hätten.

Es ist eine Unterstellung und eine falsche Annahme, dass das Geld dafür vom Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ausgegeben worden sei, sondern das beruht auf einem Beschluss dieses Rates, dem auch Sie angehören.

Stamm Judith (C, LU), Berichterstatterin: Erlauben Sie mir zuerst eine Bemerkung. Ich werde mich als Kommissionssprecherin höchster Objektivität befeisigen und die Mehrheit vertreten, aber ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass auch mein Herz für blühende Kaktuspflanzen schlägt.

Im Namen der Mehrheit der Kommission danke ich all jenen Kollegen und Kolleginnen, die sich für Eintreten ausgesprochen haben. Ich gehe nur kurz auf wenige Argumente der Gegner ein, da die Detailberatung es an den Tag bringen wird, wie gut oder wie schlecht dieses Gesetz ist.

Zur Verfassungsmässigkeit: Frau Professor Sandoz hat mit der Kanone geschossen. Sie sagt, das Gesetz sei nicht verfassungsmässig. Frau Sandoz, das stimmt nicht, weil es neben den Privaten und neben den Verhältnissen auf Bundesebene auch die Kantone und die Gemeinden einbindet.

Wenn etwas in der Behandlung dieses Verfassungsartikels und auch seither nicht bestritten war, so war es der Umstand, dass sich dieser Artikel auf alle Verhältnisse auswirken soll: auf die privaten und öffentlichen Institutionen, auf die öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse in Bund, Kanton und Gemeinden.

Im weiteren wurde von verschiedenen Kollegen das Wort «Deregulierung» gebraucht. Das Argument der Deregulierung ziehen wir immer dann – das wissen wir nun zur Genüge – aus der Schublade, wenn uns ein Gesetz nicht passt. Wer hat denn beim Anlagefondsgesetz, beim Börsengesetz oder bei den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht von Deregulierung gesprochen? Wer hat gesagt, wir würden zu viele Gesetze machen? Das ist ein Joker, den jede Interessengruppe einsetzt.

Die Kommissionmehrheit vertritt den Standpunkt, dass es endlich an der Zeit ist, dem Verfassungsauftrag zum Durchbruch zu verhelfen und dass sich dieses Gesetz dafür eignet.

Die Befürchtungen der Gewerbetreibenden, die besonders von Herrn Bortoluzzi und Herrn Scherrer Jürg mit ihren Anträgen vertreten wurden, sind ernst zu nehmen. Ich kann es nachfühlen, dass ein Gewerbetreibender gelegentlich Angstträume hat, wenn er denkt, es komme noch einmal ein Gesetz auf ihn zu.

Nur muss ich Ihnen sagen: Die Gewerbetreibenden meiner Verwandtschaft und aus meinem Bekanntenkreis sind aus relativ zähem Holz geschnitzt. Sie lassen sich nicht so rasch ins Bockshorn jagen. Aber mein ernsthaftes Argument ist, Herr Bortoluzzi, dass Sie die Detailberatung abwarten müssen: Dann werden Sie sehen, dass diese Angstträume nicht berechtigt sind.

Für die Sittlichkeit im Betrieb – das ist ein Tatbestand, der für Unruhe sorgt – musste der Arbeitgeber schon bis jetzt sorgen, genau wie für die Gesundheit und die Sicherheit. Das steht im Arbeitsvertragsrecht, im Obligationenrecht. Wegen mangelnder Arbeitsleistung – das hat Herr Scherrer Jürg vorgebracht – kann man kündigen. Das Gleichstellungsgesetz wird also keinen Arbeitgeber zwingen, einen Arbeitnehmer, der «die Leistung nicht erbringt» – wie gesagt wurde –, endlos weiterzubeschäftigen.

Wenn Sie in Ihrem Betrieb, Herr Bortoluzzi, eine Person mit Körperkraft benötigen, ist das ein sachliches, objektives Element, und dann wird Sie niemand vor den Kadi zitieren können, weil Sie keine zierliche, schwache Person männlichen oder weiblichen Geschlechts eingestellt haben.

Vielleicht war es ein Mangel, dass wir niemanden aus Gewerkekreisen zum Hearing eingeladen haben. Soviel ich mich aber erinnere, hat Herr Scherrer Jürg diesen Vorschlag auch nicht gemacht. Sie wissen ja: In allen Kommissionen kann man Personen vorschlagen, die man zum Hearing einladen will.

Wir sind jedoch den Verfechtern dieser Befürchtungen entgegengekommen. Obwohl die Vorlage des Bundesrates schon eine Anpassung an die helvetische Realität ist, hat sich die Kommission den Argumenten der Praktikabilität nicht verschlossen. Sie werden das in der Detailberatung bei verschiedenen Punkten feststellen können.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der Mehrheit der Kommission, auf die Vorlage einzutreten und die Rückweisungsanträge abzulehnen.

Comby Bernard (R, VS), rapporteur: Puisqu'on est à l'heure de l'apéritif, et même si l'on traite un sujet extrêmement sérieux, vous me permettez de faire deux remarques préliminaires.

Je dirai tout d'abord avec un brin d'humour qu'on a assisté tout à l'heure à un défilé très sympathique, une espèce de défilé de mode socialiste, mais aussi avec quelques roses bourgeoises, et certains dans cette salle ont peut-être eu l'outrecuidance de penser qu'outre le renversement du fardeau de la preuve, un jour peut-être, il y aurait aussi le renversement de la formule célèbre qui a été citée par M^{me} Grendelmeier, qui deviendrait: «La patience des hommes, c'est le pouvoir des femmes.»

Deuxième remarque: Mesdames Sandoz et Aubry, Monsieur Bortoluzzi, il ne faut pas peindre le diable, ou la diablesse, c'est selon, sur la muraille. Il ne s'agit pas d'une loi révolutionnaire, comme l'ont fait remarquer M. Poncet et d'autres, il s'agit d'une application indispensable de la constitution. «Les faits sont têtus», disait déjà Lénine. Or, il faut bien reconnaître que la constitution a été modifiée en 1981 et qu'à ce jour de très nombreuses inégalités dont sont victimes les femmes subsistent encore, en particulier dans le domaine salarial. J'aimerais brièvement rappeler trois points de cette discussion.

Premièrement, la loi est anticonstitutionnelle, selon M^{me} Sandoz. A mon avis, il ne faut pas sombrer dans une espèce d'académisme juridique pour résoudre un phénomène de société et pour résoudre un problème éminemment politique. Il s'agit en l'occurrence des droits des femmes dans ce pays, et ce n'est pas remplir le mandat constitutionnel prévu à l'article 4 alinéa 2 que de tenir les propos tenus par M^{me} Sandoz. En effet, je crois qu'il faut avoir le courage et la volonté de s'attaquer à ce problème.

Le deuxième point, c'est la dimension économique de cette loi. Certains ont soulevé ce problème, avec raison. Il est vrai que l'on ne peut pas ne pas tenir compte des problèmes pratiques qui se posent aux entreprises, et en particulier aux petites et moyennes entreprises – problème qui a d'ailleurs fait l'objet de discussions en commission. Je dirai à M. Bortoluzzi qu'un amendement a été apporté par la majorité de la commission en relation avec l'allègement du fardeau de la preuve, qui est limité à la présomption fondée sur des inégalités de salaire. Par ailleurs, et cela a été soulevé également dans ce débat, je crois que notre société ne peut pas se priver des talents et des capacités des femmes de ce pays, surtout dans la vie professionnelle, et si l'on veut bénéficier davantage de ce potentiel extrêmement important pour une économie libérale, une économie de concurrence, je crois qu'il faut sérieusement s'attaquer à la question des discriminations.

Troisième point, le harcèlement sexuel. A mon avis, que je partage avec la majorité de la commission, il ne faut pas banaliser ce problème. Indéniablement, le harcèlement sexuel à la place de travail constitue une source grave de discrimination; il faut donc le combattre. La majorité de la commission a souhaité éviter de fausses interprétations de ce problème, et c'est la raison pour laquelle elle a suivi les propositions faites par le groupe de travail présidé par M. Iten Joseph. La solution qui a été finalement adoptée en l'occurrence est une solution restrictive. Par ailleurs, sur la base de ces propositions, la com-

mission a défini le concept de harcèlement sexuel en disant qu'il y a harcèlement sexuel lorsqu'il y a atteinte à la dignité de la personne. Je crois que notre Conseil pourrait suivre les propositions faites par la majorité de sa commission.

Enfin, quatrième et dernier point, soulevé par plusieurs d'entre vous, dont M^{me} Spoerry, le problème du Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes. En réalité, la commission n'a pas décidé formellement de créer un office fédéral de l'égalité. La possibilité de le faire est donnée par les modifications qui sont introduites, mais si vous relisez le texte légal vous constaterez qu'il est possible d'en faire soit un office fédéral, soit un Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes qui dépendrait directement du département.

Je vous signale qu'aujourd'hui il y a quatre postes qui sont répartis entre cinq personnes dans ce bureau. Il est prévu d'augmenter la capacité de travail, si la loi est votée, d'une personne et demie. Il est clair qu'avec cette incidence relativement faible au niveau de l'augmentation du personnel, on peut dire que la portée financière est aussi réduite, et il n'y a certainement pas lieu d'en faire un office fédéral – mais il s'agit là d'un problème qui devra être traité par le Parlement, notamment dans le cadre du budget. Pour l'instant, aucune décision définitive n'a été prise par la commission en la matière.

J'aimerais conclure en vous citant brièvement un extrait d'une étude réalisée par M. René Levy, de Lausanne, qui dit ceci: «Vingt ans après l'acceptation du vote féminin, dix ans après celle du principe constitutionnel de l'égalité entre femmes et hommes, on pourrait penser que celle-ci est entrée dans les moeurs. L'est-elle vraiment? Evidemment pas. Celles et ceux qui travaillent activement pour la réaliser sont une petite minorité. Celles et ceux qui sont sérieusement convaincus de son bien-fondé sont peut-être un peu plus nombreux. Celles et ceux qui disent l'accepter sans la pratiquer sont aujourd'hui la majorité.»

J'espère que dorénavant il en sera autrement, si le Conseil national accepte, cet après-midi, le projet de loi qui est soumis par la majorité de la commission.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.55 Uhr
La séance est levée à 12 h 55*

Gleichstellung von Frau und Mann. Bundesgesetz

Egalité entre femmes et hommes. Loi

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	08
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.024
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	09.03.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	228-246
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 763

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.